



Saar-Freund

Nachrichtere
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Einzelpreis 25 Goldpfennig.



Nummer 9
6. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreissliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94, Fernspr.-Anschl.: Amt Lützow 3440. — Bezugspreis monatlich: 25 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 64536 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse O., Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten.

Berlin
1. Mai 1925

Vorbereitungen für Hannover.

Alljährlich in den ersten Frühjahrsmonaten hält der Bund „Saarverein“ eine Heerschau, um eine Bilanz zu ziehen darüber, was im vergangenen Jahre an praktischer Aufklärungs- und Organisationsarbeit geleistet wurde, welchen Anteil die Orts- und Landesorganisationen daran genommen haben, und welche Arbeit für das kommende Jahr zu vollbringen ist. Das sind die regelmäßigen Bundestagungen, die abwechselnd in den verschiedensten Städten des deutschen Vaterlandes stattfinden und zu welchen die einzelnen Ortsgruppen ihre Vertreter entsenden. Die erste Bundestagung fand bekanntlich nach einer grundlegenden Besprechung in Bielefeld in Kassel, die zweite in Dortmund, die dritte in Karlsruhe, die vierte in Leipzig statt.

In diesem Jahre soll entsprechend dem Beschluß von Leipzig die Bundestagung in Hannover stattfinden. Die Ortsgruppe Hannover hat rechtzeitig die Vorarbeiten begonnen und ein Programm aufgestellt, das über den Rahmen der bisherigen Bundestagungen hinausgeht. Veranlaßt wurde diese Erweiterung durch die Tatsache, daß in diesem Jahre die Jahrtausendfeier der Rheinlande zur Erinnerung an die enge Verbundenheit deutscher Kultur links und rechts des Rheins begangen wird. Es wäre eine Unterlassung und die Nichtbeachtung eines historischen Ereignisses, wenn die Saarveranstaltung in Hannover die rheinische Jahrtausendfeier außer Betracht ließe. So hat denn der Vorstand der Geschäftsstelle des Bundes gemeinsam mit der Ortsgruppe Hannover des Bundes „Saarverein“ unter Beachtung der Aufgaben der Bundestagungen ein Programm aufgestellt, das die Verbundenheit des Saargebiets mit den Rheinlanden in Rechnung stellt. Ueber die Einzelheiten der in Hannover vorgesehenen Veranstaltungen berichten wir an anderer Stelle ausführlich. Heute gilt es, alle Ortsgruppen und Einzelmitglieder auf die bevorstehende Tagung in Hannover aufmerksam zu machen und sie aufzufordern, zum Bundestag in Hannover mit allen Kräften zu rüsten.

Leider ist in vielen Ortsgruppen die Auffassung verbreitet, daß zur Erfüllung der Aufgaben des Bundes „Saarverein“ die Geschäftsstelle allein da sei, und daß die Ortsgruppen ihre Pflichten schon damit erfüllt hätten, wenn sie alljährlich ein- oder zweimal mehr oder weniger bedeutende Veranstaltungen treffen und davon der Geschäftsstelle Kenntnis geben. Die Ortsgruppen, die diese Auffassung von ihren Pflichten haben, haben ihre Aufgabe nicht erfüllt. Es ist schon wiederholt erklärt worden, daß der Bund „Saarverein“ nicht eine landsmannschaftliche Organisation darstellt, die die im Reiche verstreuten Saardeutschen sammelt, um sie in gesellschaftlichen und landsmannschaftlichen Veranstaltungen jährlich ein- oder zweimal zusammenzurufen, sondern daß die Organisation des Bundes „Saarverein“ große nationalpolitische Aufgaben zu erfüllen hat, für die sich die Ortsgruppen wie auch die Einzelmitglieder mit aller Kraft einsetzen müssen. Hauptaufgabe des Bundes ist Aufklärung über die politischen Verhältnisse im Saargebiet, wie sie durch das Versailler Diktat geschaffen und von der Saarregierung mit der Absicht auf Annexion durch Frankreich hervorgerufen wurden. In einer gutgeleiteten Ortsgruppe des Bundes „Saarverein“ muß jedes Einzelmitglied, ob Saarländer oder anderer Deutscher, genau über

die Vorgänge an der Saar unterrichtet sein, muß wissen, wie der Kampf um das Saargebiet steht. Wo das nicht der Fall ist, dort hat die Ortsgruppe ihre Pflicht nicht erfüllt!

Was bedeuten nun unsere Bundestagungen für die einzelnen Ortsgruppen? Zunächst: keine Jahrestagung im landläufigen Sinne, wo man sich nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten freut, im Kreise Gleichgesinnter einige angenehme Stunden zu verleben. Unsere Bundestagungen sind Prüfsteine an dem Wege, der zur Erreichung unseres Zieles führen soll. Deutscherhaltung des Saargebietes und Befreiung von vertragswidrigen Fesseln, Befreiung von französischer Bevormundung! Aber dieser Prüfung soll sich nicht nur die Geschäftsstelle des Bundes unterziehen, sondern alle Ortsgruppen sollen dieser Prüfung unterworfen sein. Daher ist es Pflicht jeder einzelnen Ortsgruppe, auf unseren Bundestagungen vertreten zu sein, besonders auf unserer diesjährigen Tagung in Hannover. Nicht das, was in geschäftlichen Vorgängen dort mitgeteilt wird, ist das Bedeutsamste dieser Tagung, — wenngleich auch hier viele Ortsgruppen erfahren könnten, daß sie auch auf diesem Gebiet ihre Pflicht nicht erfüllten, — sondern was an Berichten über die politische Arbeit des Bundes, über die Kampfmethoden Frankreichs im Saargebiet, über die außenpolitische Lage in der Saarfrage mitgeteilt wird, und was als Rüstzeug dienen soll für den weiteren Kampf zur Deutscherhaltung des Saargebiets! Vorträge von den besten Kennern der Saarverhältnisse, besonders von im Saargebiet selbst ansässigen Persönlichkeiten, werden allen Mitgliedern des Bundes die Kenntnis vermitteln, deren sie für ihre Kleinarbeit in den einzelnen Ortsgruppen bedürfen. Auch Kritik soll geübt werden, Kritik an unserer Arbeit, damit die Fehler erkannt werden, die gemacht wurden, und die Wege gewiesen werden, die zum Besten des Saargebiets zu gehen sind. Dazu bedürfen wir der Mitarbeit aller Ortsgruppen. Aber auch die Ortsgruppen mögen nicht nur kritisieren, sondern auch willens sein, für ihre Tätigkeit Kritik entgegenzunehmen, damit im kommenden Jahre erfolgreichere Arbeit geleistet werden kann. Schärfste Kritik stellt sich die Ortsgruppe selbst aus, die durch unentschuldigtes Fernbleiben beweist, daß sie für unsere und besonders für ihre Aufgaben kein Verständnis und kein Interesse hat!

Der beste Erfolg unserer Arbeit würde dadurch bekundet, wenn recht viele unserer Ortsgruppen in Hannover durch kritische, richtunggebende oder abändernde Vorschläge den Beweis ihrer tätigen, fördernden Mitarbeit an unserer bedeutsamen politischen Bundesarbeit erbringen. Jeder einzelne, der an der Bundesarbeit in Hannover teilnimmt, muß mit neuen Aufgaben und Anregungen heim- und an die neue Jahresarbeit herangehen. Dann wird das kommende Jahr nicht ohne Erfolg sein.

An die Bevölkerung des Saargebiets richten wir einen besonderen Appell, an der Bundestagung in Hannover teilzunehmen. Einmal bietet sich ihr Gelegenheit, mit zahlreichen Saardeutschen aus dem Reiche zusammenzutreffen und einer sichtlich außerordentlich eindrucksvollen Rundgebung für die Deutscherhaltung des Saargebiets und für das deutsche Rheinland beizuwohnen, und zum andern kann sie sich davon überzeugen, in welcher Weise

der „Saarverein“ für die Deutscherhaltung des Saargebiets, für die Aufklärung über das Saargebiet tätig ist. Die Saarbevölkerung soll unterrichtet sein, daß der „Saarverein“ keine Geheimorganisation ist, sondern daß er seine Tätigkeit in aller Offenheit und aller Ehrlichkeit führt. Je enger die Zusammenarbeit zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland ist, um so erfolgreicher wird die Arbeit sein. Kampfsame Persönlichkeiten des Saargebiets haben denn auch bereitwillig Referate für die Bundestagung in Hannover übernommen, um den Bundesvertretern ein klares Bild über das zu geben, was im Saargebiet vorgeht, und Ratschläge zu erteilen über die Art, wie im unbesetzten Deutschland die Aufklärungsarbeit über das Saargebiet zu führen ist. Und andere Persönlichkeiten aus dem Reich, die in der Saarvereinsarbeit stehen, werden von dieser Arbeit berichten und Kunde geben von der Stimmung im Reich über das Saargebiet und seine Bevölkerung. Und aus dem Austausch von Gedanken und Meinungen, von Kritik und Vorschlägen, von Ratschlägen und Urteilen werden in Hannover die Richtlinien für die kommende Jahresarbeit erwachsen. In aller Offenheit, aber von einem auserwählten, zur Mitarbeit entschlossenen Kreis von Männern und Frauen, die sich für die Deutscherhaltung des Saargebiets und für die Freiheit des Vaterlandes einsetzen. Jeder Deutsche, der für diese Ziele und Bestrebungen sich einzusetzen gewillt ist, ist auf unserer Bundestagung in Hannover willkommen.

Darum heißt es jetzt für alle Ortsgruppen unseres Bundes, sofort mit den Vorarbeiten innerhalb ihrer Ortsgruppen zu beginnen, damit sie wohl ausgerüstet nach Hannover ihre Vertreter entsenden, um mitzuarbeiten an den Richtlinien für die Arbeit

des kommenden Jahres. Wie schon erwähnt, wäre die schärfste Kritik für jede Ortsgruppe, wenn sie in Hannover nicht vertreten wäre. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich im deutschen Vaterland durch zielbewußte Arbeit unserer Regierung wieder soweit befestigt, daß materielle Gründe für das Fernbleiben von unserer Bundestagung in Hannover nicht mehr für stichhaltig anerkannt werden können. Die Ortsgruppe, die es in einem Jahre nicht erreicht hat, die Mittel für die Entsendung eines oder mehrerer Vertreter nach Hannover aufzubringen, hat auch auf diesem Gebiete ihre Pflicht nicht erfüllt. Selbst die kleinste Ortsgruppe müßte in der Lage sein, durch systematische Arbeit die Mittel aufzubringen, die zur Durchführung ihrer politischen Aufgaben notwendig sind. Zu diesen Aufgaben gehört auch die Entsendung einer Vertretung zu dem Bundestag, damit dort das Rüstzeug für die nächsten politischen Aufgaben empfangen werden kann.

So haben wir in kurzen Worten auf die Bedeutung der Tagung in Hannover hingewiesen und die Pflichten der Ortsgruppen kurz gekennzeichnet. Durch unsere Tagung in Hannover müssen wir dem Saargebiet und seiner Bevölkerung, allen deutschen Behörden und öffentlichen Organisationen einschließlich der Presse den Nachweis erbringen, daß der „Saarverein“ nicht nur politische Aufgaben zu erfüllen hat, sondern daß er sich diesen Aufgaben nach jeder Richtung hin gewachsen zeigt. Um diesen Beweis führen zu können, dazu ist die Mitarbeit der Ortsgruppen notwendig. Deshalb richten wir an alle Ortsgruppen den dringenden Appell:

Auf zur Arbeit für unseren Bundestag in Hannover!

Das Saarbecken.

Von Alice Ebray, franz. Generalkonsul und Gesandter a. D.

Um die Frage des Saarbeckens und die ganze Tragweite der ihr durch den Versailler Vertrag gegebenen Lösung abzuschätzen, muß man, ebenso wie über die Belegung des linken Rheinufers, den ursprünglichen Absichten der französischen Regierung Rechnung tragen. In einem Brief, den Briand am 12. Januar 1917 an den französischen Botschafter in London schickte, und in dem er davon spricht, aus dem linken Rheinufer einen autonomen Staat zu machen, äußert er sich über Elsaß-Lothringen:

„Selbstverständlich müssen das Elsaß und Lothringen unzerstückelt werden, nicht verstümmelt wie nach dem Vertrag von 1815, sondern ohne Grenzberichtigungen, wie vor 1870. Wir hätten dann geographisch und montan das Saarbecken, dessen Besitz wesentlich ist für unsere Industrie, und die Erinnerung an die unterbrochenen Verstümmelungen unserer ehemaligen Grenze müßte ausgeglichen sein.“

Das ursprüngliche Ziel der französischen Regierung war also, das Saarbecken als Teil Elsaß-Lothringens für Frankreich zu annektieren. Vor dem Pakt vom 5. November 1918 war dieser Anspruch nicht unerlaubter als die Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland, das ein autonomer Staat werden sollte. Aber die Aufrechterhaltung des Anspruchs nach dem Pakt kam seiner Verletzung gleich.

Der achte Punkt A von Wilson bestimmte, daß „das Unrecht, das Frankreich von Preußen im Jahre 1871 in Elsaß-Lothringen zugefügt wurde, wieder gutgemacht werden sollte“. Es handelte sich also um das Frankreich 1871 fortgenommene Elsaß-Lothringen, und nicht um das Elsaß und das Lothringen, wie es sich im Laufe der Jahrhunderte zeigen mochte. Andererseits bedeutet ein Verfügen über das Saarbecken ohne Befragung der Bevölkerung eine Verletzung des zweiten, dritten und vierten Punktes B und vor allem des zweiten Punktes C, der wichtigsten über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Und dennoch ist erwiesen, daß im Verlauf der Friedensverhandlungen, die auf Grund des Pakts vom 5. November 1918 geführt werden sollten, die französische Delegation der Konferenz die größten Anstrengungen machte, um ihr Projekt der einfachen und klaren Annexion des Saarbeckens zur Annahme zu bringen. Sie mußte nur, ebenso wie bei der Umwandlung des linken Rheinufers in einen autonomen Staat, vor dem Widerstand ihrer Alliierten darauf verzichten.

Im achten Kapitel von Herrn Tardieus Buch „La Paix“ kann man die Einzelheiten der Verhandlungen und Streitigkeiten finden, die deswegen zwischen der französischen Delegation und den alliierten Delegationen Platz griffen.

* Den nachstehenden Aufsatz entnehmen wir mit Genehmigung des Verlages für Kulturpolitik Berlin dem soeben in deutscher Uebersetzung erschienenen ausgezeichneten Buche des Franzosen Alice Ebray „Der unglückliche Frieden“ (Versailles), über dessen Inhalt wir an anderer Stelle (Wülfershausen) einen erschöpfenden Abriß geben.

Tardieu zeigt gleich zuerst deutlich, wie übertrieben die Ansprüche Frankreichs waren. Die Forderungen der Delegation bezogen sich auf den Boden und die Unterschicht.

Sie forderte nicht allein die klare und einfache Annexion desjenigen Teils des Saarbeckens für Frankreich, das vor 1815 dem französischen Gebiete zugehörte. Sie forderte auch die Gesamtheit der Kohlenminen. Nun geht aber das Saarbecken, die Unterschicht, im Norden um 700 Kilometer über die historische, von Frankreich reklamirte Grenze hinaus. Ein von Tardieu redigiertes und in seinem Buch veröffentlichtes Memoire wurde also den Delegationsführern übermittelt, das im Kern folgende Lösung vorschlug: die Reintegration der Gebiete südlich der Grenze von 1814 unter französische Herrschaft; besonderes politisches Regime für die nördlich dieser Grenze gelegenen Gebiete des Kohlen- und Industriebeckens; volles Besitzrecht an den Frankreich übertragenen Bergwerken in beiden Zonen.

Lloyd George erklärte sich der französischen These günstig bezüglich der Minen, nicht aber der Grenze von 1914. Er meinte:

„Erneuern wir nicht im Namen des angeblichen historischen Rechts den von Deutschland 1871 begangenen Fehler. Schaffen wir keine neuen Elsaß-Lothringen.“

Ueber die Haltung Wilsons sagt Tardieu: „Lloyd George nahm einen Teil unserer Forderungen an; der Präsident hingegen wies sie alle zurück. Er willigte ein, daß wir der Saar eine Kohlenmenge entnahmen, die der durch den Krieg hervorgerufenen geringeren Kohlenproduktion unserer Bergwerke entsprach. Aber er verweigerte uns gleichzeitig die Bergwerke sowohl wie die Grenze von 1814 und die von Lloyd George vorgeschlagene autonome Organisation. Sein Standpunkt, in der freundlichsten, aber unzweideutigsten Form vorgetragen, war der folgende:

„Niemals, in keinem öffentlichen Dokument hat Frankreich jemals die Grenze von 1814 verlangt. Die von ihm angenommenen Friedensgrundlagen sprechen von der Gutmachung des ihm 1871 zugefügten Unrechts, nicht von dem von 1815.“

Indessen, diese Grundlagen binden die Alliierten. Der historische Beweis, den Deutschland gegen Frankreich anführte, um ihm Elsaß-Lothringen zu rauben, war ein gefährlicher Beweis. Vermeiden wir es, uns seiner zu bedienen.

Außerdem entspricht die Grenze von 1814 keinerlei wirtschaftlichen Tatsachen. Sie wird das Becken durch die Zweiteilung zugrunde richten, ohne Frankreich seine Kohlen zu sichern. Die Abtretung ohne unmittelbare Abstimmung wäre unter diesen Umständen unzulässig. Ich glaube nicht, daß man dies Problem mit dem Problem Elsaß-Lothringen vermischen kann. Während eines halben Jahrhunderts waren die Augen der Welt auf Elsaß-Lothringen gerichtet. Während eines halben Jahrhunderts hat die Welt nie daran als deutschen Boden gedacht. Die Frage der Grenze von 1814 hat nicht den gleichen Charakter.

Ich bin bereit, Frankreich die Nutzung der Bergwerke für eine bestimmte Zeit zuzuerkennen. Aber da davon nicht die

Nede sein kann, die örtlichen Industrien von Kohle zu entblößen, scheint mir die Frage des Besitzrechts an den Minen eine rein gefühlsmäßige.

Ich bedauere, diese Einwendungen machen zu müssen, und ich bitte deswegen um Entschuldigung. Es ist mir schmerzhaft, mich Frankreich entgegenzustellen. Aber ich konnte nicht anders handeln, ohne meine Pflicht zu verletzen.

Jedem Unparteiischen mußte diese Haltung Wilsons tadellos erscheinen. Der Schöpfer der vierzehn und der andern Punkte wollte seinem Friedensprogramm treu bleiben, das von den Kaiserreichen angenommen war. Man bemerkte die Klarheit, mit der er sagte: „Diese Grundlagen binden die Alliierten.“ Was ihn aber nicht hinderte, sich von ihnen loszumachen, sein Friedensprogramm am Ende selbst aufzugeben, in der Saarfrage wie in andern.

Bei dieser Gelegenheit sei eine Betrachtung über den Vergleich zwischen der Saarfrage und der Elsaß-Lothringens wegen der Grenze von 1814 und der von 1870 erlaubt. Vom juristischen, historischen und ethnographischen Standpunkt aus war kein Unterschied zwischen den beiden Fragen, höchstens wenn man — was nie geschah — als Prinzip annimmt, daß die Dauer eines Jahrhunderts eine gewalttätige Besitzergreifung rechtfertigt, indes die Dauer eines halben Jahrhunderts noch nicht genügt. Wenn Wilson nur vom Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts der Völker und ohne Rücksicht auf die anderen Bedingungen des Pacts vom 5. November 1918 zugab, daß Elsaß-Lothringen ohne Abstimmung Frankreich zurückzuerstatten wurde, so konnte er das gleiche beim Saargebiet tun. Wenn er hingegen das Recht bestritt, im Saargebiet so vorzugehen, so mußte er es logischerweise auch für Elsaß-Lothringen bestritten.

Für das Saargebiet ist eine hybride und sozusagen vorübergehende Lösung erdacht worden. Aber man darf sich, wie beim linken Rheinufer, fragen, ob die Macht der Umstände selbst Frankreich nicht dazu drängen wird, seinen alten Plan wieder aufzugreifen. Und auch in dem Falle muß man erkennen, daß die Zwischenlösung ihm sein Vorhaben nur erleichtern wird. Man hat sogar den Eindruck, daß sie seine Erleichterung zum Ziel hat.

Artikel 45 des Versailler Vertrages bestimmt, daß, als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich, Deutschland an Frankreich das volle Besitzrecht an den Kohlengruben im Saarbecken abtritt. Eine Abtretung dieser Art ist etwas ganz und gar Ungewöhnliches. Die „Antwort“ an Deutschland erkennt das mit den Worten an: „Die alliierten und assoziierten Mächte haben, als sie die Art der aufzuerlegenden Wiedergutmachungen bestimmten, den Wunsch gehabt, eine zu wählen, die in ihrer außergewöhnlichen Art übrigens für eine begrenzte Zeit ein sichtbares und klares Symbol darstellt.“ Es scheint also, daß diese „außergewöhnliche“ Neuerung im Pakt vom 5. November 1918 hätte vorgesehen sein müssen; es scheint auch, als stelle ihre Durchführung eine indirekte Verletzung des Pacts dar, von dem kein Punkt sie rechtfertigt. Auch wenn selbst Deutschland nach Ablauf von fünfzehn Jahren — eine im Vertrag vorgesehene Möglichkeit — die Kohlengruben zurückkaufen könnte, würde der ungewöhnliche Charakter dieser Lösung dennoch bestehen bleiben.

Aber es ist mehr als eine indirekte Verletzung des Pacts vom 5. November 1918. In Wahrheit stellte die Lösung eine direkte Verletzung der Wilsonschen Grundsätze, also auch des Pacts vom 5. November 1918 dar. Mit der fünfzehnjährigen Abtrennung des Gebiets von Deutschland ohne Befragung der Bevölkerung verletzte man die gleichen Wilsonschen Punkte wie mit der endgültigen Abtrennung. Die erste Lösung hätte etwas Brutales und Zynisches gehabt, die zweite war etwas heuchlerisch und sogar ein wenig lächerlich. Denn in dem Augenblick, wo man das Saarbecken nicht als integrierenden Bestandteil Elsaß-Lothringens betrachtete, wollte, der Frankreich zurückzugeben war, welchen Grund hatte man da, dieses als deutsch anerkanntes Gebiet fünfzehn Jahre von Deutschland zu trennen und es am Ende der fünfzehn Jahre darüber zu fragen, ob es den Status quo beibehalten, zu Deutschland zurückkehren oder sich Frankreich zuwenden wolle? Absurd zwar auf den ersten Blick, läßt diese Kombination sich doch ausgezeichnet erklären, betrachtet man sie als verstecktes Mittel, — bestimmt, den Schein zu wahren — um das, was man 1919 noch nicht wagte, weil es den Grundsätzen Wilsons zu sehr entgegen war, am Ende der fünfzehn Jahre zu verwirklichen.

Prüft man die Einzelheiten der vorgesehenen Reglements für die Regierung und Verwaltung des Saarbeckens, so entdeckt man ohne Mühe sein dreifaches Ziel: den Einfluß Deutschlands auszuscheiden, endlich ihm die Mittel an die Hand zu geben, dies in Wirklichkeit deutsche Land zu entnationalisieren,

zu „entgermanisieren“, damit am Ende der fünfzehn Jahre die Abstimmung gegen Deutschland sei.

Dazu schreibt die „Humanité“ vom 9. Mai 1919:

„Die Volksbefragung, die nach fünfzehn Jahren der Unterdrückung und Missetaten stattfinden soll, verbürgt in keiner Weise das Recht der Bevölkerung.“

Auf jeden Fall wünschen wir im Namen des Völkerrechts, daß von Anfang die Deutschen des Saarbeckens genügend Heldennut aufbringen, um der Gewalt und der Bestechung („Saar-Kurier“, Saarbund! usw. D. Schr.) zu widerstehen und ihre nationalen Gefühle unberührt zu erhalten. Wir werden ihnen mit aller Kraft helfen und sie in ihrem Kampfe unterstützen, wie wir alle unterdrückten Völker unterstützen.“

Mehr pikant als überraschend wirkt es, daß in einem Lande, das während fünfzehn Jahren von einer den Völkerbund repräsentierenden Kommission regiert werden wird „das Stimmrecht nur für die örtlichen Wahlen ausgeübt werden darf“. So erweigerte die Entente, die Befürworterin der Demokratie, die angeblich den Krieg für die Demokratie führte, den Saarländern den Vorzug einer nationalen Vertretung. Sie sollten regiert werden wie die Regierungen einer neuen Kolonie. Und warum das? Fürchtete man, daß eine nationale Vertretung, ein wirkliches saarländisches Parlament sich gegen die Versuche, das Land zu entnationalisieren, widerspenstig zeigen würde?

Ein weiterer Gedanke drängt sich auf. Wenn der Völkerbund infolge des möglichen Austritts einiger seiner Mitglieder aus den Fugen gehen sollte: was wird die fünfgliedrige Kommission vorkellen, die in seinem Namen das Land zu regieren beauftragt ist?

Was wird andererseits aus dem Saargebiet, wenn nach Ablauf von fünfzehn Jahren die Befragung des linken Rheinufers bestehen bleibt, wenn sie zur Aufrichtung eines autonomen Staates führt, selbst wenn die Abstimmung sich für eine Rückkehr zu Deutschland ausspricht? Man bemerke, daß zwischen diesem Gebiete und Deutschland dann das Rheinland läge, das aufgehört hätte, deutsch zu sein.

Die Lösung verletzt also, kurz gesagt, unleugbar zugleich indirekt und direkt den Pakt vom 5. November 1918: indirekt, weil die Abtretung der Kohlengruben durch Deutschland — eine „außergewöhnliche“ Sanktion — in keinem der Punkte ihre Rechtfertigung findet; direkt, weil die Abtrennung des Saarbeckens von Deutschland selbst auf die Dauer von fünfzehn Jahren das Selbstbestimmungsrecht der Völker und damit mehrere seiner Punkte verletzt.

Darf man sagen, die Entente wäre berechtigt gewesen, so zu handeln, weil es nur die Bedeutung der „Anwendung einer praktischen Einzelheit“, eines „practical detail of application“ hatte, ob man Deutschland ein so reiches Gebiet wie die Saar ließ oder fortnahm?

Leset und verbreitet die von der Geschäftsstelle
„Saar-Verein“ herausgegebene Halbmonatsschrift

„Der Saar-Freund“

Der „Saar-Freund“ ist der treueste und zuverlässigste Berichterstatter über alle Geschehnisse im Saargebiet, das beste Bindeglied zwischen den schwerbedrängten Saardeutschen und dem Mutterlande, und das Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“ mit allen wichtigen Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet.

Die Schriftleitung und Verwaltung liegen in den Händen von ausgewiesenen Persönlichkeiten, die als geborene Saarländer oder durch ihren mehrjährigen Aufenthalt im Saargebiet selbst die örtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Saargebiets aus eigener Erfahrung heraus kennen und mit dem Leben der Saargebietsbevölkerung heute noch in engster Verbindung stehen.

Bestellungen auf die Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ nimmt jede Postanstalt entgegen. Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Opf.

Alle Zuschriften für den „Saar-Freund“ sind zu richten an:
Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW II
Königsgräber Straße 94

Die Regierungs-Kommission gegen die rheinische Jahrtausendfeier.

Wir berichteten bereits, daß im Sommer d. J. die rheinische Jahrtausendfeier zur Erinnerung der engen Verbundenheit deutscher Kultur rechts und links des Rheins feierlich begangen werden soll und auch im Saargebiet einen festlichen Widerhall finden wird. Letzten Endes bedeutet die rheinische Jahrtausendfeier ein starkes Bekenntnis zum Deutschtum und zum deutschen Vaterland. Das Bekenntnis zum Deutschtum und zu Deutschland ist der Bevölkerung des Saargebietes durch das Versailler Diktat nicht unterzogen, wie ja auch das Saargebiet Bestandteil des Deutschen Reichs geblieben ist, und nur die Verwaltung für einen Zeitraum von 15 Jahren dem Völkerbund übertragen wurde. Es liegen somit keinerlei staatsrechtliche oder sonstige gesetzliche Bedenken vor, die im Saargebiet die Jahrtausendfeier des Rheinlandes zur Betonung deutschen kulturellen Lebens links und rechts vom Rhein im Saargebiet verbieten könnten.

Wir melden ferner, daß im Saargebiet allenthalben umfangreiche Vorbereitungen getroffen werden, um dieser Feier einen wirklichen Inhalt zu geben, und sie zu einem neuen Treubekenntnis zum Deutschtum zu gestalten. Bei der Einstellung der Saarregierung mußte man damit rechnen, daß, wenn ihr irgendwie Handhaben zur Verfügung stehen, sie gegen die Jahrtausendfeier der Rheinlande im Saargebiet Maßnahmen ergreifen würde. Da derartige Handhaben nicht vorhanden sind, so richtete sie ihre Maßnahmen gegen die deutschen Beamten, die der Saarregierung zur reibungslosen Durchführung der Verwaltung von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt worden sind. In einer Verfügung vom 18. April ordnet sie an,

„daß die Landräte, die Bürgermeister, sowie sämtliche Beamten und Schulen sich jeder Teilnahme an der Feier und ihren Vorbereitungen zu enthalten haben in Übereinstimmung mit der strengen Neutralität (!!!), die alle Dienststellen zu beobachten haben“.

Es ist rührend, wie sich die Regierungskommission bemüht, „Neutralität“ zu üben und diese auch von ihren Beamten zu verlangen. Wir erinnern uns, daß die französische Besatzung (die infolge der „Neutralität“ des Herrn Kault noch immer im Saargebiet anwesend ist) alljährlich das französische Nationalfest durch eine pompöse Parade der französischen Truppen begeht und daß sich Herr Kault, „neutraler“ Präsident der Saarregierung, mit seinem ganzen Stabe „neutraler“ Beamten zur Betonung seiner völligen „Neutralität“ ganz öffentlich an diesen Paraden beteiligt und auch an allen anderen Veranstaltungen aus Anlaß des französischen Nationalfestes teilnimmt. Herrn Kault wird bekannt sein, daß diese Paradeaufzüge der Franzosen und ihre

öffentliche Darstellung in den verkehrsreichsten Gegenden der Stadt stets einen gewissen Unwillen bei der Bevölkerung hervorgerufen haben, aus „Neutralität“ hat er sich niemals daran gestochen. Auch die Bevölkerung des Saargebietes hat sich schließlich daran gewöhnt, ihren „neutralen“ Präsidenten am französischen Nationaltag eben in erster Linie als Franzosen zu betrachten und ihm diese Art „Neutralität“ nachzulassen.

Genau so wie sämtliche französischen Beamten der Saarregierung mit Herrn Kault an der Spitze — und es sind ihrer nicht wenige — für sich das Recht in Anspruch nehmen, am französischen Nationalfest ihre französische Nationalität zu bezeugen, so dürfte mit gleichem Recht und sogar mit weit größerem Verlangen werden (denn sie befinden sich auf urdeutschem Boden), daß die deutschen Beamten der Saarregierung am Tage der Jahrtausendfeier der Zugehörigkeit der Rheinlande zum Deutschen Reich ihre deutsche Nationalität, die sie bekanntlich nicht verloren haben, ebenfalls bekunden dürfen. Aber Herrn Kaults „Neutralität“ duldet solche Objektivität nicht und verbietet den deutschen Beamten, was er für sich als Selbstverständlichkeit betrachtet.

Da der Erlass des Herrn Kault ergangen ist, wird sich die deutsche Beamenschaft des Saargebietes danach zu richten wissen. Dienstlich werden sie sich weder an den Vorbereitungen noch an der Veranstaltung beteiligen. Was sie außerhalb ihres Dienstes und Amtes tun, ist private Angelegenheit der einzelnen Beamten, und Herr Kault hat sich den Teufel darum zu kümmern. Das erfordert seine „Neutralität“.

Für die rheinische Jahrtausendfeier ist im Saargebiet der Rahmen für die festlichen Veranstaltungen festgelegt worden. Den zwei als Auktat gedachten Heimatabenden der Jugend am 18. und 19. Juni werden am Sonnabend, den 20. Juni, Wasserportveranstaltungen, Fadelzug, Winterbergbeleuchtung und am Sonntag, den 21. Juni, Festgottesdienste in allen Kirchen, Rathausfeier, turnerische, sportliche und gesangliche Massenveranstaltungen, sowie Abbrennen von Johannisfeuern folgen. Die „Rheinische Jahrtausendfeier“ ist als Volksfest gedacht, das alle auf dem Boden des deutschen Gedankens stehenden Mitbürger, jung und alt, brüderlich vereinen will. Zur Finanzierung wendet sich der vorbereitende Ausschuss für die Stadt Saarbrücken an die gesamte Öffentlichkeit, an die Vertreter des Wirtschaftslebens in Handel und Industrie, in Handwerk und Arbeiterschaft mit der Bitte um Ueberweisung von Geldmitteln.

Ein sechzigjähriger Kämpfer für das Saargebiet.

Am 27. April konnte der schwedische Oberst L. af Petersens in Stockholm seinen sechzigsten Geburtstag begehen. Deutschland besitzt nur wenige uneigennütige Freunde, die sich mit solcher Tatkraft und mit solch innerer Anteilnahme des deutschen Rechts, der deutschen Not und seiner nationalen Interessen annehmen, wie es dieser sechzigjährige schwedische Oberst tut. Seine besondere Aufmerksamkeit hat Oberst af Petersens auf die deutschen Minderheiten gerichtet, für deren Rechte er in Wort und Schrift mit beneidenswerter Entschiedenheit eintritt. Er hat keine Mühen und Kosten gescheut, um sich über das Schicksal der deutschen Minderheiten im Auslande zu unterrichten. Er besuchte die Deutschen in Tirol, in der Tschechoslowakei, im Rumelgebiet, in den besetzten Gebieten, besuchte die Saargebietsbevölkerung, um überall die gleiche Feststellung treffen zu müssen, daß nämlich Frankreich und seine Vasallen einen regelrechten Ausrottungskampf gegen das Deutschtum und seine Kultur führen. Oberst L. af Petersens hat aber über das, was er gesehen hat, nicht Stillschweigen bewahrt, sondern über seine Erfahrungen in vielen Artikeln des In- und Auslandes geschrieben und die Forderung erhoben, daß die Ententestaaten endlich ihr feierliches Versprechen auf Schutz der nationalen Minderheiten einlösen und diesen Schutz auch auf die deutschen Minderheiten ausdehnen. Bisher vergeblich. Seine Aufsätze sind nicht nur in der schwedischen und deutschen Presse, sondern auch in einer Reihe bedeutender amerikanischer Zeitungen erschienen.

Im Januar v. J. hat er den bekannten, von einer Reihe einflussreicher schwedischer Persönlichkeiten unterzeichneten Aufruf an die Regierungen, Parlamente und leitenden Staatsmänner der ganzen Welt veranlaßt, der die Aufmerksamkeit auf die bedauerliche Lage Mitteleuropas lenkte und in die Forderung nach Regelung der Reparationsfrage durch internationale Sachverständige ausklang. Er hat ferner in der Inflationszeit in sämtlichen schwedischen Offizierskorps Sammlungen zugunsten der in Not befindlichen deutschen Kameraden veranstaltet, die erhebliche Summen eingebracht haben. Trotz aller Anfeindungen hat Oberst af Petersens seine aufopfernde

Arbeit im Interesse des schwer gedemütigten deutschen Volkes fortgesetzt.

Das Saargebiet ist dem Oberst L. af Petersens für sein rühmliches Eintreten zum Besten der deutschen Bevölkerung an der Saar zu großem Dank verpflichtet. Besonderen Dank schuldet ihm auch der „Saarverein“, für dessen Arbeiten er stets regstes Interesse bekundet und betätigt hat. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt er die Veröffentlichungen des „Saarfreund“, um sie für seine Artikel in der schwedischen und Auslandspreste erfolgreich zu verwerten. Er steht in ständigem Briefwechsel mit der Geschäftsstelle des Bundes „Saarverein“, wünscht Aufklärung über diese und jene Fragen und verlangt immer und immer wieder Schriften über das Saargebiet und vor allem das Merklblatt: „Was jeder vom Saargebiet und von der Geschäftsstelle und Bund „Saarverein“ wissen muß!“, das er schon in vielen Hunderten von Exemplaren verbreitet hat. An der Arbeit dieses Mannes für eine Sache, an der er weder national noch politisch interessiert ist, und für die er sich lediglich aus Liebe zu Recht und Wahrheit innerlich verpflichtet fühlt, könnten sich Tausende und aber Tausende Deutsche ein Vorbild nehmen.

Es ist uns eine Ehren- und Herzenspflicht, dem Oberst L. af Petersens zu seinem sechzigsten Geburtstag auch auf diesem Wege unsere herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen. Möge ihm unser Herrgott noch lange Jahre die Kraft geben, seine uneigennütige Arbeit für Völker- und Menschenrecht fortzusetzen, damit er noch die Früchte seiner Arbeit sehen kann. Dem Freunde Deutschlands und des Saargebietes aus treuem saar-deutschen Herzen ein herzliches „Glück auf!“

Der Bund „Saar-Verein“ hat anlässlich des 60jährigen Geburtstages folgendes Telegramm an Herrn Oberst L. af Petersens in Stockholm gerichtet:

„Dem unerschrockenen Vorkämpfer für die Rechte der deutschen Bevölkerung des Saargebietes nachträglich unseren herzlichsten Glückwunsch zum 60. Geburtstag mit freundlichem Glück auf. Bund „Saar-Verein“ J. A.: Vogel.“

Herr Kault „berichtet“.

Der Präsident der Saarregierung Kault hat Mitte April dem Sekretariat des Völkerbundes den fälligen Vierteljahresbericht für die ersten drei Monate dieses Jahres überreicht. Es ist der 21. derartige Bericht, mit welchem Herr Kault regelmäßig versuchte, seine Verwaltungstätigkeit als besonders erfolgreich und auftragsgemäß hinzustellen. Mit Hilfe dieser einseitig dargestellten Berichte hat Herr Kault es bisher immer wieder verstanden, den Völkerbundsrat über die wahren Verhältnisse im Saargebiet zu täuschen. Das bisher angewandte Verfahren in Genf wird auch niemals ein klares Bild über die Saarverhältnisse ergeben, solange nicht die Tätigkeit und die Berichterstattung der Saarregierung einer parlamentarischen Kontrolle unterworfen ist, die ihre Auffassung über die Regierungstätigkeit und über die Lage im Saargebiet auch dem Völkerbundsrat zu übermitteln in der Lage ist. Ueber eines kann kein Zweifel bestehen, darüber nämlich, daß die Berichte der Regierungskommission stets abweichen von den Berichten, Denkschriften und Verhandlungen der politischen Parteien und des Saarlandestates. Es ist die Schuld des Völkerbundes selbst, wenn er die wirklichen Verhältnisse im Saargebiet nicht kennt, da er bisher trotz seiner angeblich „demokratischen“ Organisation bisher noch immer keine Veranlassung genommen hat, die Berichte und Beschwerden der Bevölkerung irgendwie in Rücksicht zu ziehen. Er hat es auch abgelehnt, Vertreter des Saargebiets offiziell zu empfangen und zu hören, sondern sich immer sein Urteil gebildet auf Grund der einseitigen Darstellungen der Regierungskommission.

So stellt auch der 21. Vierteljahresbericht des Herrn Kault einen regelrechten Tendenzbericht dar, der die wahre Lage des Saargebiets in politischer, wirtschaftlicher, kultureller und rechtlicher Beziehung nicht klar erkennen läßt. Herr Kault gibt wieder einen Ueberblick über die Wirtschaftslage, die politischen Verhältnisse, die innere Verwaltungstätigkeit, die Finanzlage, die öffentlichen Arbeiten, das Unterrichtswesen, die sozialen Versicherungen, das öffentliche Unterhaltungs- und den Stand der Landwirtschaft. In jedem einzelnen Falle kommt der Bericht zu dem Schluß, daß im Saargebiet alles in bester Ordnung ist! Damit vergleiche man, was die deutsche Saarpresse über diese einzelnen Punkte fast täglich zu sagen hat und man wird erneut zu der Feststellung kommen, daß Herr Kault den Völkerbund über die Lage im Saargebiet falsch unterrichtet.

Zur Wirtschaftslage wird im Verlauf des Berichts immer wieder dargelegt, daß die Befürchtungen, die man im Saargebiet an die am 10. Januar erfolgte Einschließung des Gebiets in das französische Wirtschaftssystem geknüpft hatte, unbegründet seien. Es wird auseinandergelegt, daß die Produktionstätigkeit keinen Stillstand erlitten und die Arbeitslosigkeit im vergangenen März sogar stärker als je bisher zurückgegangen sei. Im übrigen sei zu hoffen, daß die gegenwärtigen deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die für das Saargebiet von größter Bedeutung seien, zu einer Lösung führten, die das Wohlbefinden des Landes sicher stelle. Der Bericht erinnert dabei an die unmittelbar vom Saargebiet mit Frankreich geführten Verhandlungen, an die Reise, die eine Abordnung aus dem Saargebiet unter Führung des saarländischen Regierungskommissars Kockmann nach Paris unternahm, an ihre Unterredungen mit Serruys und an den Besuch, den dieser daraufhin Saarbrücken abstattete. Aus den statistischen Angaben des Berichts ist zu erwähnen, daß die Kohleförderung der Saargruben im Januar 1909 010, im Februar 1223 675 und im März 1349 408 Tonnen betrug. Der Haushalt für das Jahr 1925 beläuft sich auf 223 385 540 Franken, gegen 182 621 147 Franken im Jahre 1924.

Zur Frage der Besetzung des Landes durch die französischen Truppen, die in der schamhaften Sprache des Regierungsberichts „Garnisonstruppen“ heißen, wird mitgeteilt, daß 185 neue Gendarmen eingestellt wurden, so daß das

Saargebiet am 31. März eine Gendarmerie von 755 Mann, davon 50 zu Pferde, zählte. Wie man weiß, ist die Frage der Erhöhung der Gendarmerie, die immer noch viel zu geringe Fortschritte macht, deshalb eine der wichtigsten Fragen der Saarpolitik geworden, weil nach der Haltung, welche die Regierungskommission und auch der Völkerbund einnimmt, von deren Ausbau die Entfernung der angeblich für die Aufrechterhaltung der Ordnung unentbehrlichen französischen Truppen abhängig ist. Die Abreise eines Bataillons französischer Jäger zu Fuß, mit der seit längerer Zeit von der Regierungskommission viel Aufhebens gemacht wurde, wird natürlich auch in diesem Bericht erwähnt. Sie ist in die Wege geleitet worden und soll am 25. d. M. vollzogen werden, so daß wir dieses auf dem Abmarsch befindliche Bataillon wahrscheinlich noch einmal im nächsten Tätigkeitsbericht vorgelegt erhalten. Nach den Angaben Kaults werden nach Entfernung dieses Truppenteils in Zukunft die sogenannten französischen Garnisonstruppen sich nur noch aus einem Regiment Infanterie, einem Bataillon Jäger zu Fuß und einem Regiment Kavallerie zusammensetzen.

Sehr großen Umfang nimmt endlich im Bericht der Schulstreit ein. Wie erinnerlich, hatte die Reichsregierung wiederholt gegen die Verfügungen der Regierungskommission Einspruch erhoben, die den Besuch der von der französischen Grubenverwaltung unterhaltenen französischen Schulen den deutschen Kindern zugänglich machte. Der Völkerbundsrat hatte sich damit begnügt, für die Regelung dieser Frage sein Vertrauen in die Weisheit der Regierungskommission auszusprechen. Die Folge dieser Rundgebung war, daß die Regierungskommission in ihren Amtsorganen eine Erklärung veröffentlichte, die den Sinn der von deutscher Seite angefochtenen Verordnungen folgendermaßen erläuterte: Den Angestellten der Gruben wird das Recht, ihre Kinder in die französische Schule zu schicken, ausdrücklich bestätigt und gegen jeden Druck, woher er auch kommen möge, zugesichert. Was die übrigen Kinder des Saargebiets betrifft, so wird mitgeteilt, daß die Ermächtigung, deren sie zum Besuch der französischen Schulen bedürfen, in Zukunft nur erteilt werden soll, wenn die Eltern gewichtige Gründe hierfür angeben können. Der Bericht verzeichnet außer dieser platonischen Regelung, die die Weisheit der Regierungskommission gefunden hat, noch eine weitere Maßnahme zum Schutz des wahlfreien französischen Schulunterrichts in den Volksschulen des Saargebiets, nämlich ein Rundschreiben an alle Mitglieder des Lehrkörpers, das den Wert dieses Unterrichts und seine günstigen Wirkungen in einem Grenzgebiet hervorhebt.

Dies ist in großen Umrissen der letzte Tätigkeitsbericht der Regierungskommission des Saargebiets. Er geht den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes zu, und amtliche Auszüge werden an die zahlreichen fremden, darunter die englischen und amerikanischen, Journalisten in Genf verteilt. Allen bleibt letzten Endes nach dem Lesen der beruhigenden Darstellungen der Eindruck, daß das Saargebiet ein glückliches Land und die Verwaltung durch den Völkerbund die geeignetste Herrschaft für dieses Grenzgebiet sei. Die „Kölnische Zeitung“ sagt in einer Bemerkung zu dem Bericht des Herrn Kault, daß es wünschenswert wäre, wenn nicht nur diese Berichte alle Vierteljahre in Genf ihre propagandistische Wirkung ausübten, sondern daß auch von wirklich berufener Seite im Saargebiet, vielleicht aus den Kreisen der ausgezeichneten Männer, die schon so oft in Genf und im Ausland nützliche Kenntnisse über ihre Heimat verbreiteten, ebenfalls alle Vierteljahre ein Bericht über die Zustände im Saargebiet in die Welt hinausgeht, der alle diese Fragen, die Kault so geschickt behandelt, im Licht des heimischen Empfindens und Erlebens schildert. Dieser Vorschlag sollte bei den politischen Parteien aufmerksamste Beachtung finden; denn nur so ist es möglich, der französischen Propaganda über das Saargebiet in der Welt zu begegnen.

Kaults Schwindel über die Notwendigkeit der Saarbesatzung.

Der Völkerbundsrat hat bekanntlich auf seiner letzten Tagung wie üblich sich auch mit der Frage der vertragswidrigen französischen Besatzung befaßt und beschlossen, nach Möglichkeit die französische Saarbesatzung im Laufe d. J. zurückzuziehen. Herr Kault hat diesem Beschluß des Völkerbundsrates mit einem überlegenen Lächeln zur Kenntnis genommen und bereits vorher Bedenken geäußert, ob die Zurückziehung der französischen Besatzung möglich sei, bevor nicht die örtliche Gendarmerie auf eine Kopfstärke von 4000 Mann gebracht worden sei. Er hat zugefagt, mit „Ministerkollegen“ zu beratschlagen, ob man sich nicht auch mit 3000 Mann begnügen könnte. Mit den verschärfsten Argumenten hat er versucht, „nachzuweisen“, daß die von ihm mit 4000 berechnete Stärke des saarländischen Gendarmekorps das Mindeste

dessen wäre, was die Sicherheit, Ruhe und Ordnung im Saargebiet“ zuließe. Im Saargebiet selbst ist man anderer Meinung und der Auffassung, daß man nicht wüßte, was diese 4000 Mann Gendarmerie im Saargebiet eigentlich tun sollen. Die französische Besatzung in einer Kopfstärke von noch immer rund 5000 Mann lungert in den besten Schulen, in den besten Quartieren des Saargebietes herum, und „beweist“ die „Notwendigkeit ihrer Anwesenheit“ lediglich damit, daß sie die friedliche Bevölkerung des Saargebietes durch allen möglichen Kriegslärm stört, die harmlosen Straßenpassanten belästigt, Frauen und Mädchen überfällt und die Neutralität des Saargebietes in der größten Weise mißachtet. Wir bezweifeln und mit uns die gesamte Saarbevölkerung, daß diese „Besatzung“ ausreichend ist für die Begründung ihrer Anwesenheit.

senheit. Feststehend ist, daß die französische Besatzung im Saargebiet vertragswidrig ist, daß sie aber auch überflüssig ist, da für sie tatsächlich eine Notwendigkeit nicht vorliegt. Der von Herrn Kault angegebene Grund, daß er sich verantwortlich fühle für die „Sicherheit der französischen Saargruben“ ist eine regelrechte Verleumdung der Saarbergleute, denn die sind so mit den Saargruben verwachsen, und sie erkennen sie als ihre eigentliche Brotquelle, daß es eine infame Unterstellung ist, wenn Herr Kault andeuten möchte, ohne genügenden Sachverhalt würden die Saargruben durch die Saarbergleute zerstört werden. Eine solche Annahme ist um so unwahrscheinlicher, als die Saarbergleute genau wissen, daß auf Grund der Abstimmung im Jahre 1935 das Saargebiet wieder an Deutschland zurückfallen wird.

Wie wenig die Behauptung des Herrn Kault dem Völkerbundsrat gegenüber stichhaltig ist, daß 4000 Gendarmen notwendig wären, um im Saargebiet für Ruhe und Ordnung zu sorgen, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß heute das auf 750 Mann gebrachte Gendarmenkorps schon nicht mehr weiß, was es im Saargebiet eigentlich soll. Hierüber berichtet die „Saarbrücker Zeitung“ unter anderem folgendes: Während auf der einen Seite die Aufsichts- und Sicherheitsbeamten keine Verwendung finden, sind auf der anderen Seite die Gemeindeverwaltungen gezwungen, für den wirklichen Polizeidienst neue Kräfte einzustellen. Das bedeutet namentlich für die finanzschwachen Gemeinden — und das sind sie ja fast alle — eine empfindliche Belastung. Die örtlichen Polizeiverwalter haben auch auf die Verwendung der Landjäger keinen Einfluß, trotzdem die Tätigkeit von Polizei und Landjägern ziemlich gleichlaufend ist, vielmehr sein soll. Durch Nebeneinanderarbeiten haben sich recht unangenehme Zustände herausgebildet, die auf die Dauer nicht weiterbestehen können. In einzelnen Gemeinden hat man sich mit diesen unhaltbaren Verhältnissen bereits beschäftigt und Abhilfe gefordert.

Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Bürgermeisterrat Dillingen stand die Wahl eines weiteren Polizeiwachmeisters zur Verhandlung. Der Bürgermeister gab zunächst eine Darstellung der Verhältnisse auf dem Gebiete des Polizeiwesens. Er wendet sich vor allem dagegen, daß in Dillingen 6 Landjäger stationiert sind, die vollkommen selbständig Dienst versehen. Die Besetzung würde vollkommen unnötig, sobald nur ein Landjäger der Polizei freigegeben würde. In persönlichen Verhandlungen mit dem Oberlandjäger habe er versucht, dies zu erreichen, was ihm jedoch nicht gelungen sei. Die Verhandlungen hätten sich vielmehr ganz zerschlagen und es bestehe heute keine direkte Fühlungnahme mehr mit den Landjägern. Er selbst würde auch unter den gegebenen Umständen darauf verzichten, mit diesen zusammenzuarbeiten und ihre Dienste nicht mehr in Anspruch nehmen. Der Bürgermeister bringt darauf noch ein Schreiben, das er an den Landrat als die vorgelegte Dienst-

behörde gerichtet habe, zur Verlesung, in welchem er verlangt hat, daß die Landjäger den örtlichen Polizeiverwaltern unterstellt werden sollen. Das letzte Mittel zur geordneten Dienstführung auf dem Polizeiamt sei die Einstellung von neuen Polizeiwachmeistern, obwohl es ein Unsinn sei, dies trotz der Landjäger zu tun.

Diesen vollberechtigten Forderungen des Bürgermeisters wurden vom Bürgermeisteramt einmütig zugestimmt. Von den verschiedenen Rednern wurde darauf verwiesen, daß die Landjäger aus öffentlichen Mitteln besoldet werden, es sei also kein unbilliges Verlangen, sie den örtlichen Polizeiverwaltungen zu unterstellen. Es kam verschiedentlich zum Ausdruck, für Polizeizwecke keine Mittel mehr zu bewilligen, bis die unhaltbaren Zustände abgestellt sind. Weiter wurde der Regierungskommission das Recht bestritten, den Gemeinden Landjäger hinzusetzen, ohne Einverständnis der Gemeindeverwaltungen. Es wurde auch die Forderung erhoben, den Landjägern die Gemeindegewinnungen zu entziehen. Gegen die Stimmen der Kommunisten (das ist bei der Einstellung dieser Leute nicht verwunderlich!) wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Bürgermeisterversammlung von Dillingen gestattet sich, dem Landesrat des Saargebietes nachstehenden Antrag zu unterbreiten:

„Der Landesrat wolle bei der Regierungskommission bewirken, daß die Landjäger als Entlastung für die örtlichen Polizeikräfte so verwandt werden, daß sie den örtlichen Polizeiverwaltungen unterstellt und von der Polizeiverwaltung nach deren Anweisung herangezogen werden können oder ihre Kasernierung erfolgt.“

In der Begründung der Entschließung wird gesagt:

Da die Landjäger auf die Gemeinden des Saargebietes verteilt sind, sich aber der jetzt bestehenden Dienstenteilung durch die Bürgermeisterämter nicht gern unterwerfen wollen, werden die Bürgermeisterämter nach wie vor, unabhängig von den am Ort stationierten Landjägern, genötigt, die erforderliche Zahl von Polizeikräften selbst einzustellen. Die Landjäger sind dann überflüssig und durch das Ueberangebot von Polizeikräften entsteht für die Bevölkerung kein anschauliches Bild. Als besondere Folge werden Uebergriffe, wie wir sie schon zu verzeichnen haben und unnötige Schikanierung der Bevölkerung naturgemäß unausbleiblich sein. Ueberdies werden den Gemeinden durch die Unterbringung der Landjäger bei der schon ohnehin unerträglichen Wohnungsnot, weitere Wohnungen entzogen u. a. m. Die ganze Art der jetzigen Verwendung der Landjäger erweist sich somit als ein Zustand, der geändert werden muß. Da die zweckmäßige Verwendung der Landjäger eine die Allgemeinheit sehr interessierende Frage ist, bitten wir, unseren Antrag besonders dringlich zu behandeln.

Das Verhältnis zwischen Frankreich und dem Saargebiet.

Der französische Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten hatte sich von dem Abgeordneten Marcel Baslant einen Bericht über die neuen Abmachungen zwischen der französischen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes vorlegen lassen. Der Bericht ist in mancherlei Hinsicht von großem Interesse, da er beweist, von welchem Gesichtspunkt aus die Saarfrage in den ausschlaggebenden politischen und parlamentarischen Organisationen Frankreichs aus betrachtet wird, und in welcher Richtung die ganze politische und parlamentarische Arbeit in der Saarfrage in Frankreich geführt wird. Zunächst wird in dem Bericht die Präsidentenchaftsfrage behandelt, und zwar von dem Gesichtspunkt aus, daß es zu bedauern sei, daß die Präsidentenschaft der Regierungskommission nicht auf immer dem französischen Vertreter übertragen würde. Der Bericht des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten stellt offenbar eine für einen bestimmten Zweck bestimmte Arbeit der französischen Regierung dar, denn er sagt unter anderem: „die Velleidung des Präsidiums durch einen Franzosen bildet zum Vorteil Europas ein Sicherheitspfand, um Reibungen zu vermeiden, Konflikte zu beseitigen und die Ruhe zu garantieren.“

Diese Gründe gewinnen noch an Durchschlagskraft unmittelbar nach dem 10. Januar 1925, der die Zollvereinigung zwischen Frankreich und dem Saargebiet vollzog. Es ist notwendig, daß die französische Regierung eine leichte und rasche Verbindung mit dem Chef einer Zoll-Enklave herstellen kann. In Anbetracht der möglichen Mißverständnisse und Uebereinstimmungsfehler, welche so leicht Differenzen unbedeutenden Ursprungs vergiften, ergibt sich der Nutzen, der aus der völligen Uebereinstimmung zwischen Regierungschefs derselben Staatsangehörigkeit erwächst und der dem Frieden zugute kommt.“

Diese Ausführungen Marcel Baslants deuten bereits den ersten französischen Schritt an, um die auf das nächste Jahr vorbehaltene Neuernennung des Präsidenten der Saarregierungs-

kommission im Sinne Frankreichs zu beeinflussen. So arbeitet man dort zielbewußt und systematisch und — meistens mit Erfolg.

Ueber die Vierteljahrsberichte des Präsidenten der Saarregierung an den Völkerbund äußert der Referent sich zusammenfassend: „Das Studium dieser Berichte enthüllt die Zahl und die außerordentliche Verwickelung der der Regierungskommission obliegenden Aufgaben. In diesem Kleinstaat hat die Regierung sämtliche Schwierigkeiten anzugreifen und zu lösen, wie sie auch in einem Großstaat begegnen. Sie muß sich einer ungeheueren gesetzgeberischen Horniarbeit in bezug auf das gemeine Recht befleißigen, nicht nur um die in Kraft befindlichen Gesetze und Verordnungen der Landesverfassung anzupassen, sondern auch um die Saarbevölkerung in den Genuß so manchen Gesetzes des neuen Reiches zu setzen, das auch für ihre Bedürfnisse anpassungsfähig erscheint. Bei dieser Arbeit, welche von einer Regierung abstrakten Charakters und entschieden neutraler Gesinnung zu leisten ist, kann man, was hervorgehoben werden muß, unter den gleichen Bedingungen nicht an die moralischen Triebe appellieren, deren sich eine nationale Regierung erfreut. Trotzdem wurden kritische Perioden überwunden, Hindernisse weggeräumt und Resultate erzielt.“

Die Regierungstätigkeit wäre zweifellos nicht so kompliziert und politisch empfindlich, wenn man von französischer Seite aus dem Präsidenten der Saarregierung nicht noch besonders außerhalb des Völkerbundauftrags gelegene Aufgaben zugewiesen hätte, nämlich die der Franzöisierung des Saargebietes und Unterstützung aller dahin gerichteten Bestrebungen. Auch aus dieser Darstellung des erwähnten Abgeordneten ergibt sich die besondere Einstellung Frankreichs gegenüber der Saarfrage, die dahin geht, das Saargebiet schon heute als französische Kolonie zu betrachten, in der Absicht, es niemals wieder herauszugeben. Dabei hütet sich aber der Berichterstatter sehr wohl, soweit zu gehen, um etwa von Frankreich Opfer zu verlangen, die sich erst aus der Einverleibung des Saargebietes in Frankreich ergeben

mühten. Er sagt z. B. bei der Darstellung des saarländisch-französischen Zollverhältnisses, daß eine genaue Anwendung des französischen Steuerrechts nur Verwirrung im Rechts- und Wirtschaftsleben des Saargebietes angerichtet hätte. Eine solche Inkraftsetzung hätte eine Umgestaltung der in voller Unabhängigkeit von der Regierungskommission erlassenen Finanzgesetze oder eine Lösung gewisser örtlicher Industrien zur Folge gehabt. Es sei also ein zweiseitiges Problem zu lösen gewesen: die finanzielle Selbstständigkeit und die wirtschaftliche Ordnung des Saargebietes aufrecht zu erhalten und zugleich die legitimen Interessen des französischen Fiskus bei der Einverleibung des Saargebietes in ein einziges Zollnetz zu wahren. Um eine solche Anpassung herbeizuführen, seien die beiden Abkommen notwendig gewesen, die am 15. Januar 1925 in Paris unterzeichnet wurden. Der Beichterstatter empfiehlt die Genehmigung dieser seitens der Regierung vorgelegten Verträge; in Übereinstimmung mit dem Finanzministerium wurde jedoch eine Klausel eingefügt, welche zugunsten der Saarindustrie auf Antrag der Saarregierung, des französischen Regierung die Möglichkeit eröffnet, Zölle für Tabak, Schießpulver und Zündhölzer zu erheben, die aus dem Ausland nach Frankreich eingeführt werden.

Bei dieser letzteren Klausel handelt es sich weniger um den Schutz der Saarindustrie, sondern um einen Schutz der französischen Regierung gegen die Einführung saarländischer Erzeugnisse. In Frankreich denkt niemand daran, sich etwa durch die saarländische Wirtschaft Konkurrenz machen zu lassen. Das Saargebiet ist Frankreich lediglich gut genug, um einen politischen Erfolg Frankreichs und um das Menschenmaterial des Saargebietes und seine Rohstoffe zu erlangen. Dagegen ist es strikte abgeneigt, dafür etwa Opfer zu bringen.

Bei dieser letzteren Klausel handelt es sich weniger um den Schutz der Saarindustrie, sondern um einen Schutz der französischen Regierung gegen die Einführung saarländischer Erzeugnisse. In Frankreich denkt niemand daran, sich etwa durch die saarländische Wirtschaft Konkurrenz machen zu lassen. Das Saargebiet ist Frankreich lediglich gut genug, um einen politischen Erfolg Frankreichs und um das Menschenmaterial des Saargebietes und seine Rohstoffe zu erlangen. Dagegen ist es strikte abgeneigt, dafür etwa Opfer zu bringen.

Zur Saarzollfrage.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sind nach einer Osterpause in Paris wieder aufgenommen worden und gleichzeitig die Verhandlungen über die saarländischen Zollfragen. Wie die „Kölnische Zeitung“ mitteilt, ist es wegen der Hinzuziehung der Regierungskommission zu den Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Abordnung zu keiner Einigung gekommen. Die französische Regierung glaubt durch eingeholte juristische Gutachten auf ihren Standpunkt verharren zu können, daß eine Beteiligung der Regierungskommission an den Saarverhandlungen über die Zollregulierungen nicht in Frage käme. Diesem Standpunkt gegenüber wies der deutsche Vertreter, Geheimrat von Friedberg, darauf hin, daß nach der Auffassung der deutschen Regierung Frankreich nicht zur Wahrung der gesamten wirtschaftlichen Interessen des Saargebietes zuständig sei, daß vielmehr lediglich die reinen Zollfragen unter die Zuständigkeit der französischen Regierung fielen. Diese Auffassung ist in der Form einer formellen Rechtsverwahrung zum Ausdruck gebracht und der deutschen Regierung das Recht vorbehalten worden, diese grundsätzliche Frage zu gegebener Zeit wiederum aufzurollen und zu klären. Während die französische Regierung somit von sich aus die Beteiligung der Regierungskommission an den Verhandlungen ausschließt — diese selbst wird sich kaum zu einem Einspruch dagegen aufswingen —, hat sie jedoch gegen die Hinzuziehung von Sachverständigen aus dem Saargebiet keine Einwände mehr erhoben. Der Führer des französischen Sonderausschusses, Ministerialdirektor Serruys, hat selbst mit Führern der Saarwirtschaft hier in Saarbrücken Fühlung genommen und diese in ziemlich ausgedehnten Verhandlungen gehört. Als Ergebnis der bisherigen Verhandlungen kann daher festgestellt werden, daß

die Verhandlungen über die saarländischen Zollfragen zwar unter der Nichtbeteiligung der Regierungskommission, jedoch unter Hinzuziehung von Sachverständigen des saarländischen Wirtschaftslebens nach dem Abschluß der Osterpause fortgesetzt werden.

Bezüglich der Regelung des kleinen Grenzverkehrs hat Frankreich selbst den Wunsch geäußert, daß die Verhandlungen hierüber möglichst beschleunigt werden sollen, ein Wunsch, dem die deutschen Verhandlungsführer gewiß gern Rechnung tragen werden. Die die Schwerindustrie angehenden Fragen sollen dagegen vorläufig ausgeschaltet werden, da nach einer Bemerkung Serruys inzwischen vielversprechende Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen, der französischen und der saarländischen Schwerindustrie angebahnt worden sind, deren Ergebnisse man vorerst abzuwarten habe. Die Verhandlungen werden nach der Osterpause mehr in die praktische Kleinarbeit gehen, bei denen die Aus- und Einfuhrwünsche der saarländischen Wirtschaft wohl zunächst im Vordergrund stehen werden. Die bisherigen Verhandlungen erstreckten sich vornehmlich dahin, einen allgemeinen Überblick zu gewinnen.

Im allgemeinen ist festzustellen, daß Frankreich in diesen Verhandlungen keinerlei Rücksichten auf die besonderen Schwierigkeiten des Saargebietes nimmt, sondern auch weiter versucht, unter Ausnutzung der Notlage dieses Gebietes die Saarfrage auch in wirtschaftlicher Beziehung zu einem Schachergeheimnis zu gestalten. Wäre die Bevölkerung des Saargebietes nicht schon so gegen die Anbiederungsversuche Frankreichs eingestellt, mit den Methoden, die Frankreich auch in der Saarzollfrage gegen das Saargebiet zur Anwendung bringt, wird sich Frankreich niemals Sympathien im Saargebiet erwerben.

Völkerbundsregierung und französische Propaganda.

Die Spagen piffen's ja längst von allen Dächern im Saargebiet, daß der „Saar-Kurier“ das Blatt der französischen Propaganda in unserer Heimat sei, wenn er auch neuerdings sehr stark in Pazifismus macht, wenn er auch seinen französischen Untertitel nicht mehr trägt. Er ist und bleibt vorerst doch immer noch der „Nouveau courrier de la Sarre“, der alle fest an ihrem Vaterlande haltenden Saardeutschen mit innerer Wonne herabzusehen versucht und das Saargebiet am liebsten mit Haut und Haaren nach Westen rücken möchte. Unter der obigen Überschrift finden wir nun in der Nr. 128/129 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Mittwoch, den 18. März 1925 nachstehende Aussagen:

„Im Saargebiet besteht etwa seit April 1920 ein merkwürdiges Blatt namens „Neuer Saar-Kurier“. Jedermann weiß, daß es das Blatt der französischen Propaganda ist. Aus diesem Grunde ist auch seine Auflage höchst bescheiden (gut gerechnet 2500), trotz französischer Subventionen. Außerhalb des Saargebietes kennt man es natürlich nicht. Im Saargebiet selbst spielt es ungewollt eine nicht unwichtige Rolle, insofern nämlich, als es sich begreiflicherweise von Zeit zu Zeit in wüsten Schimpfereien über führende deutsche Männer ergeht, was ungefähr gleichbedeutend mit der Errichtung von Ehrenfalsen ist, und das ist immerhin eine beachtliche Leistung. Das Blatt hat trotz seiner Jugend eine ganz amüsante Geschichte, denn Redaktion und Verlag haben wiederholt gewechselt, die Tendenz hat geschwankt, und die äußeren Einflüsse waren nicht immer dieselben. Jedoch können wir hierauf nicht näher eingehen.“

Der „Neue Saar-Kurier“ fand kurze Erwähnung in einem am 2. Dezember von den Landesratsfraktionen des Zentrums und der deutsch-saarländischen Volkspartei an Herriot gerichteten offenen Brief, der in ruhigem, würdigem Ton und mit großer Überzeugungskraft ausführte, daß die bisherige französische Poli-

tik im Saargebiet nur Mißerfolge für Frankreich buchen könne und der dringend notwendigen deutsch-französischen Entspannung hindernd im Wege stehe. Bezüglich des „Neuen Saar-Kuriers“ bemerkte der Brief, nach glaubwürdigen Nachrichten werde dies Blatt, das alles Deutsche in den Kot ziehe, von einem Herrn Köchlin von der französischen Grubenverwaltung, der als Beamter des französischen Außenministeriums gelte, finanziell unterstützt. Ob dieser Bemerkung ist der „Saar-Kurier“ wie von der Tarantel gestochen aufgesprungen und hat am 13. Dezember in einer „vorläufigen Antwort auf unerhörte Verleumdungen“ zwar die geldlichen Unterstützungen nicht direkt in Abrede gestellt, aber doch behauptet, die Redaktion kenne den Herrn Köchlin überhaupt nicht.

Wir möchten uns erlauben, zur Aufklärung dieses Punktes beizutragen, und lassen ein als „geheim“ bezeichnetes Schriftstück aus den Archiven des Herrn Kault, des französischen Präsidenten der Völkerbundsregierung im Saargebiet, sprechen. Es ist ein Informationsbericht vom 28. Oktober 1922 über den „Neuen Saar-Kurier“ und lautet in deutscher Uebersetzung:

„Mit dem 1. November (1922) wird die Druckerei des „Neuen Saar-Kuriers“ Eigentum der Firma Berger-Levrault. Herr Köchlin hat den Verkauf getätigt und zu folgenden Bedingungen abgeschlossen: Er erhält 140 000 Fr. sofort und weitere 100 000 Fr. in zehn Jahresraten zu 10 000 Fr., verzinslich mit 4 Prozent. Herr Köchlin verpflichtet sich, den „Neuen Saar-Kurier“ bei Berger-Levrault zum laufenden Tarif drucken zu lassen. Nach Behauptung von Herrn Schaaf (des bisherigen Besitzers der Druckerei, eines Lothringers; d. Red.) war die Druckerei etwa 550 000 Fr. wert. Schaaf behauptet, Herr Köchlin habe die Firma Berger-Levrault übers Ohr gehauen, und meint, die gegenwärtig von Herrn Köchlin aus dem Fonds des Ministeriums des Neuen für Unterstützung des „Neuen Saar-

Kuriers" gezahlte Summe von monatlich 15 000 Fr. werde sich fortan als ungenügend erweisen."

Wir haben diesem amtlichen Schriftstück nichts hinzuzufügen. Da aber der offenbar auch ganz geschäftstüchtige Herr Köchlin darin wiederholt genannt ist, ziehen wir aus unserer Mappe noch ein weiteres Schriftstück, aus dem ersichtlich wird, wie großen Wert die Völkerbundsregierung auf gute Beziehungen zu diesem Vertreter der französischen Regierung legt und wie sorgsam sie auf seine Information bedacht ist. Das Schriftstück, das auch sonst von Interesse ist, findet sich in den Archiven des Herrn Köchlin selbst, ist vom 26. Mai 1922 datiert und geht von der Obersten Polizeiverwaltung der Völkerbundsregierung aus. Es lautet:

"Notiz für Herrn Köchlin. Seit 1. April 1922 ist beim 2. Bureau des Generalstabs der Saar-Truppen (der französischen Spionageabteilung; d. Red.) kein Beamter der öffentlichen Sicher-

heit mehr tätig. (Bis 1. April 1922 haben also Völkerbundsbeamte auf der französischen Spionageabteilung gearbeitet! d. Red.) Gemäß den Instruktionen des Herrn Kriegsministers vom 10. April 1922, von denen mir mündlich (im Original unterstrichen; d. Red.) Mitteilung gegeben wurde, übermittele ich dem leitenden Offizier des B. C. R. (Bureau Central de Renseignements = Nachrichtenabteilung; d. Red.) des Saargebietes von meinen Dienststellen beigebrachten militärischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachrichten. Dies neue System besteht seit dem 1. Mai und hat zwischen den Offizieren des B. C. R. und mir ein sehr intimes Zusammenarbeiten ermöglicht, zu dem ich mich bisher nur beglückwünschen kann."

Es ist ein kleines, liebliches Jodel, das dieses Schriftstück enthält: Völkerbundsbeamte arbeiten einträchtiglich zusammen mit Spionageoffizieren, und reiben sich darüber vergnügt und zufrieden die Hände! Der Mantel des Völkerbundes ist groß. In seinen weiten Falten läßt sich netisch Versteck spielen."

Soll das so weiter gehen?

Wir haben uns in unsern letzten Nummern leider wiederholt veranlaßt gesehen, gegen die jetzige Politik Einspruch zu erheben, wie sie zurzeit in der „Saarbrücker Volksstimme“ zum Ausdruck kommt. Wir haben von vornherein Wert darauf gelegt, festzustellen, daß unsere Polemik sich nicht gegen die saarländische Sozialdemokratie, sondern gegen den jetzigen Schriftleiter der „Volksstimme“ richtet, der sich alle Mühe gibt, die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes in ein völlig schiefes Licht zu bringen. Die letzten Leistungen dieses Herrn zwingen dazu, die Aufmerksamkeit aller guten Deutschen innerhalb und außerhalb des Saargebietes erneut auf dieses Treiben zu lenken und die Frage zu klären, ob dieser Mann noch als Vertreter des Deutsch-tums angesehen werden kann oder nicht. Die politischen Vorgänge an der Saar sind ihm offenbar völlig gleichgültig, wenn man nicht zu der Auffassung kommen soll, daß sie nach außen hin als nebensächlich erscheinen sollen. Die „Volksstimme“, die einst an erster Stelle im Kampf gegen das Verwässerungssystem an der Saar stand, die mit besonderer Deutlichkeit der Saarregierungs-kommission ihre ständigen Rechtsbrüche, Vertragsverletzungen und Pflichtvergessenheiten nachwies, schweigt heute gegenüber allen diesen Vorgängen. Der junge Mann, der heute verantwortlich für die „Volksstimme“ in der „Volksstimme“ zeichnet, fühlt sich zu „höherem“ geboren und beschäftigt sich nur noch mit „höher“ Politik an einer Weise, die daran erinnert, daß er es in seinem eigentlichen Beruf auch zu nichts gebracht hat.

Wir könnten aus parteipolitischen Gründen diese und jene Stellungnahme des Blattes noch verstehen, wenn die deutschen Belange des Saargebietes in dem Blatte wenigstens in gleichem Maße zur Geltung kämen. Aber seit Monaten ist das Blatt ängstlich bemüht, sich von diesem Deutschstumskampf fernzuhalten, so bemüht, daß man fast auf den Verdacht kommt, der Vertreter dieser „Politik“ freude nach Anerkennung von gewisser Seite. Es mag sein, daß ihn ein gewisser Ehrgeiz dazu treibt, um etwas zu scheinen, was er in Wirklichkeit nicht ist. Es kann auch sein, daß er über Fähigkeiten verfügt, die sich auch in einzelnen andern Exemplaren saarländischer „Deutscher“ vorgefunden haben. Eines ist jedenfalls sicher, daß das französische Propagandaorgan über diese Art Politik mehrfach seine besondere Befriedigung zum Ausdruck gebracht hat und die „Volksstimme“ hatte gegen dieses Lob — nichts einzuwenden.

Was an der „politischen“ Haltung der Volksstimme besonders bedauerndswert ist, ist die Tatsache, daß sich das Blatt unter seiner jetzigen Leitung mit der deutschen Innen- und Außenpolitik in einer Weise beschäftigt, die doch allmählich bedenklich stimmen muß.

Diejenigen Leser des Blattes, die nur auf seine Lektüre angewiesen sind, müssen mit der Zeit über Deutschland einen Begriff bekommen, der sie nicht ernütern kann, zu Deutschland zurück zu wollen. Die jetzige deutsche Regierung und der am 26. April gewählte neue Reichspräsident werden von dem genannten sozialdemokratischen Blatt in einer Weise apostrophiert, wie es verächtlicher nicht von Seiten des französischen Propagandaorgans geschehen kann. Der jetzige „Volksstimme-Politiker“ kann sich jedoch nicht auf die Haltung seiner Partei im Reich berufen, wo noch am 29. April im Preussischen Landtag ein sozialdemokratischer Redner zum Ausdruck brachte, daß auch die Sozialdemokratische Partei dem Reichspräsidenten die Ehrerbietung entgegenbringt, auf die er als Repräsentant des Deutschen Reiches berechtigten Anspruch hat. Nach dieser Ehrerbietung aber sucht man in der „Saarbrücker Volksstimme“ vergeblich. Ist es nicht geradezu ein Skandal, daß das genannte Blatt am Tage nach der Wahl das Wahlergebnis unter der Überschrift mitteilte: „Flaggen auf Halbmaß: Hindenburg Reichspräsident!“? Ist es nicht empörend, wenn dieses selbe Blatt in einer Polemik gegen Hindenburg unter anderem sagt: „Auf den Sozialisten Friedrich Ebert folgt der Junter und Militarist Hindenburg, der Gamaschknopf mit dem Brett vor der Stirn, mit der Stupidität des Empfindens und der Armut und dem Mangel an jeglicher politischer und staatsmännischer Idee.“ Wer so etwas seinen Lesern vorsetzt, die bisher in vorderster Linie des Kampfes gegen die Franzöfierung an der Saar standen, von dem kann man nur annehmen, daß er bewußt darauf ausgeht, die deutsche Front an der Saar zu schwächen.

Wir sind aber der Meinung, daß es so nicht weitergehen kann. Es ist an der Zeit, daß die in der saarländischen Sozialdemokratie vorhandenen nationalen Elemente unter allen Umständen von der Leitung ihres Blattes verlangen, daß diese in erster Linie die deutschen Belange zu berücksichtigen hat und alles vermeiden muß, was der französischen Annexionspolitik dienlich ist. Es ist nicht tragbar, daß aus der Haltung dieses Blattes der französische Propagandadienst Nutzen zieht und die Bevölkerung des Saargebietes durch die eigenartige Politik der „Volksstimme“ dem Deutschtum und dem deutschen Vaterland mehr und mehr entfremdet wird. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands muß darauf hingewiesen werden, daß es ihre Pflicht ist, die Haltung ihrer Presse in den besetzten und gefährdeten Gebieten daraufhin zu kontrollieren, ob diese Blätter eine der nationalen Einstellung der deutschen Sozialdemokratie entsprechende Politik treiben oder nicht. Es darf nicht jeder Holzhafer sich für befugt halten, Politik in den Grenzgebieten zu machen.

„Fahrt an der Saar.“

Wir berichteten bereits in unserer letzten Nummer, daß der Reichsverband der Deutschen Presse seine diesjährige Hauptversammlung am 5. und 6. April in Saarbrücken abhielt, um damit ein engeres Band zwischen der Presse des deutschen Binnenlandes und derjenigen in der südwestlichsten Ecke des Reiches und gleichzeitig ein größeres Verständnis für die Vorgänge in dem Völkerbundsland an der Saar herbeizuführen. Die Hoffnung, daß sich auf diesem Wege ein größeres politisches Verständnis für die Saarverhältnisse in der deutschen Presse werde herbeiführen lassen, ist noch ziemlich gering, der Erfolg bisher noch reichlich unbestimmt. Immerhin begrüßen wir es, daß z. B. ein Redaktionsmitglied des „Berliner Lokalanzeigers“ die Fahrt an die Saar benutzte, um seine Eindrücke unter der erwähnten Überschrift in seinem Blatte wiederzugeben. Wir halten es für ratsam, seine Reise-schilderung hier wiederzugeben, gibt sie doch am besten Gelegenheit, zu beurteilen, was ein den Vorgängen an der Saar fern-

stehender an bemerkenswerten Vorgängen und Erscheinungen festgestellt hat. In Nr. 176 vom 15. 4. des genannten Blattes finden sich folgende Ausführungen:

Es ist noch ein bißchen früh für Streifzüge und Fußwanderungen zwischen Saarbrücken und Trier, zwischen den Weinbergen und Hochöfen des Saargebietes. Der Frühling ist diesmal hier nicht eher eingetroffen als bei uns in der Mark; gerade, daß das erste zarte Grün sich hervorwagt an Bäumen und Sträuchern, daß die Hänge, die den vielgewundenen Pfahlanz begleiten, wieder leichte Farbtöne gewinnen. Aber auf dieses Erwachen der Natur haben die Saarländer um so sehnsüchtiger gewartet, als der lange Winter des Mißvergnügens, unter dem wir alle reichlich, sogar überreichlich gelitten haben, ihnen in dem unfreiwilligen Verkehr mit allerlei Völkerbundsbehörden noch ganz besondere Enttäuschungen gebracht hatte. In Berlin, in München, in Frankfurt haben sie ja sozusagen nichts mehr zu suchen, so-

Die soll Genf der Mittelpunkt ihres öffentlichen Lebens sein. Und wenn sie es etwa für richtig halten wollten, an Pariser Türen anzuklopfen, so können sie gewiß sein, dort überall offene Ohren zu finden. Vorläufig aber ist die Sehnsucht nach dem deutschen Frühling noch übermächtig im Saargebiet, und da er diesmal länger als sonst seinen Einzug verzögerte, wurde er mit um so stürmischerer Freude begrüßt.

Freilich, es geht über eine „Grenze“, wenn man heutzutage vom Reich aus ins Saargebiet gelangen will. Nach Köln, nach Düsseldorf, nach Essen kommt man seit dem Sommer vorigen Jahres ohne besondere Schwierigkeiten. Für Saarbrücken braucht man Pab und Bisum, nicht anders, als wenn die Fahrt nach Metz oder Strassburg ginge. Es kann dir sogar, wenn du in Berlin in einem der zugelassenen halbamtlichen Reisebureaus eine Fahrkarte nach Saarbrücken verlangst, passieren, daß der Herr der Fahrpläne und der Stempelmaschinen interessiert zurückfragt: „Saarbrücken, das ist doch wohl jetzt französisch?“ Die Scham über diese hanebüchene Unwissenheit, über diese grobe nationale Uninteressiertheit verschlägt dir für ein paar Sekunden die gebührende Antwort. Ist sie dann aber nachgeholt, so findest du doch bei längerer Ueberlegung, wie gering wohl der Verkehr aus dem Reich nach den unter Völkerbundshegemonie stehenden Saarstaaten sein muß, wenn selbst in einem so viel in Anspruch genommenen Reisebureau die Hauptstadt des Saargebietes schon nach Frankreich verlegt wird. Man müßte wirklich in Deutschland eine regelrechte Propaganda für Reisen ins Saargebiet entfesseln; auf andere Weise als durch den Augenschein ist vielen Deutschen schon gar nicht mehr zu helfen.

Eine gute Tagereise muß man allerdings schon daran wenden; unter 17 Stunden Fahrt ist es nicht zu machen. Der Frankfurter Schnellzug bringt uns um 5 Uhr nachmittags an den Main, und von dort gelangen wir nach kurzem Erholungsaufenthalt gegen Mitternacht nach Saarbrücken. Unterwegs Pab- und Gepäckrevision, ganz nach den Erfordernissen modernsten internationalen Reiseverkehrs. Nur, daß es dir vorkommt, als ob die mit ihr betrauten Beamten ihre Aufgabe nicht gar so ernst behandeln, wie es in anderen Himmelsrichtungen gewöhnlich der Fall ist. Aber während revidiert wird, hast du Zeit, zu beobachten, daß der Wagen, in dem du sitzt, mit zweisprachigen Inschriften versehen ist, damit nicht nur die Raucher, sondern auch die Fumeurs wissen, welche Abteile für sie und welche für andere Leute bestimmt sind; daß die Beamten, mit denen du zu tun bekommst, in seltsame Uniformen gekleidet sind, die weder deutsch noch französisch anmuten, wenn auch ihre Träger deine Muttersprache handhaben, als wäre sie ein Stück von ihnen. Kurz und gut, es soll dir schon in der Bahn, die dich an die Saar hinführt, beigebracht werden, daß du im Begriff bist, Deutschland zu verlassen und in „das Gebiet“ einzutreten, für das die fürsorglichen Väter des Pariser Vertrages ein ganz besonderes Regierungssystem erdacht und eingeführt haben. Du suchst, in Saarbrücken angekommen, zwischen Nacht und Morgen dein Quartier auf und meinst, auf dem Wege dorthin an einem Gebäude eine schwarz-weiß-rote Fahne zu bemerken. Am nächsten Tage aber überzeugst du dich davon, daß es ein schwarz-weiß-blaues Fahnenstück ist, das die hochmögliche Regierungskommission von Genf Gnade diesem Lande verliehen hat. Siehst auch bald an den Strakenenden Polizeibeamte Dienst verrichten, deren Uniformen dir wieder etwas ungewöhnlich vorkommen, und stößt, es dauert gar nicht lange, vereinzelt auf Stahlhelm- und Rappiträger, in denen du unschwer Angehörige der französischen Wehrmacht erkennst. Drüben, auf einem langgestreckten Gebäude, das mit einer Kaserne eine verzweifelte Ähnlichkeit besitzt, weht, es ist keine Täuschung, die Tricolore! Ob du rechts oder links zu gehen hast, wird dir in französischen Aufschritten angedeutet — du bist eben nicht mehr in Deutschland, sondern im Saargebiet, wo der Völkerbund regiert. Registriert unter der Leitung eines Franzosen, der die Sprache des Landes nicht versteht und der deshalb um so eifriger darauf bedacht ist, seine Sprache diesem Lande aufzunötigen. Der deshalb französische Schulen für deutsche Kinder eingerichtet läßt, um sie beizubringen auf eine Zukunft vorzubereiten, in der Frankreich hier alles, der Völkerbund gar nichts mehr zu bestimmen hat. Der das Land mit der Frankenwährung beglückt und nun auch seinen Anschluß an das französische Zollgebiet durchgesetzt hat, ungenümmert bestrebt, daß der Wille seiner Bewohner sich diesem Lande widersetzen her auf das schärfste widersteht hat. Man muß beizeiten vorsorgen, das ist für einen richtigen Franzosen oberstes Gesetz. Im Jahre 1935 soll das Saarvolk zur Abstimmung über sein weiteres staatliches Schicksal aufgerufen werden. Frankreich erwartet also, daß jeder Franzose seine Pflicht tue. Einem Manne, wie Horn Rault, braucht diese vaterländische Pflicht gar nicht erst besonders eingeprägt zu werden.

Aber die Saarländer haben nur ein Abscheuliches für all das, was dieser Franzose mit ihnen anzustellen beliebt. Und jetzt, wo die ersten Strahlen der Frühlingssonne wieder Feld und Flur erwärmen, sind sie sogar geneigt, mit einem fröhlichen Lachen zu

antworten, wenn besorgte Frager sie wegen der Zukunft ihrer deutschen Heimat ausfragen wollen. Das Saarland französisch, das nun schon seit mehr als tausend Jahren deutsch und nichts als deutsch gewesen ist? Ach nein, in diesem Leben nicht — das steht ihnen so fest wie die Berge, zwischen denen ihre Städte und Dörfer so lieblich eingebettet sind. Sie wissen, daß sie kämpfen müssen, um die Eroberungsgelüste der Pariser Herren zu schanden zu machen, sie sind auch nicht durch verführerisch klingende Redensarten, in welcher Sprache immer sie an ihr Ohr schlagen mögen, einzulullen. Sie sind wach und wachsam und wissen, wie beschaffen der Nachbar ist, den das Schicksal ihnen auf den Nacken gesetzt hat. Dieser Nachbar ist feig und wird sich nicht unter ein fremdes Joch beugen. Die wenigen Möglichkeiten, die der Völkerbund zugelassen hat, um ihren eigenen Willen zur Geltung zu bringen, werden von den Saarländern mit unermüdlicher Regsamkeit ausgenutzt. Mit einer Einmütigkeit, die bisher allen Stürmen von draußen und von drinnen, allen Verlockungen von dieser und von jener Seite siegreich getrogt hat, stehen die Parteien zusammen, wenn es gilt, die Rechte des Landes und vor allem seine Freiheit und seinen deutschen Charakter zu behaupten, alle die offenen und versteckten Anschläge abzuwehren, mit denen die Franzosen diesen kostbaren Besitz ergattern möchten. Schon glaubt man so weit zu sein, daß die Hoffnung auf eine direkte Angliederung des Landes den Franzosen nach den Erfahrungen dieser ersten sechs Völkerbundsjahre so gut wie entglitten ist, daß sie sich an den Gedanken zu gewöhnen beginnen, es „bestenfalls“ hier zu einem Pufferstaat bringen zu können, mit dem man dann allerdings nicht gerade viel Federlesens machen würde. Aber die Saarländer werden dieser milderen Form einer Fremdherrschaft nicht um ein Atom weniger entschieden zu Leibe gehen, als wenn man sie rund und nett und offen mit Haut und Haaren an Frankreich ausliefern wollte. Sie wissen nur eins und wollen nur eins: daß sie Deutsche sind und Deutsche bleiben müssen. Ein zweites oder drittes wird es niemals für sie geben.

Die Saarbrüder insbesondere empfinden und sagen es von sich, daß sie in vaterländischen Dingen niemals so „scharf“ gewesen sind wie jetzt, unter der glorreichen Führung einer internationalen Regierungskommission. Die hat es ihnen beigebracht, was es bedeutet, ein Grenzland zu sein. Wenn sie heute oben im Ehrenthal an den Gräbern der Augustgefallenen von 1871 hinüberblicken nach den Spitzeren Höhen, deren deutsche Heldendenkmäler von den edlen Franzosen zerstört worden sind, oder nach dem zum Greifen nahen Gebach, und wenn von dort her französische Kraftwagen angefaßt kommen in einem Tempo, das offensichtlich durch keinerlei Grenzaufenthalt behindert worden ist, so versteht man ohne weiteres, daß diese Menschen hier an alles andere eher als an Völkerveröhnung und ewigen Frieden zu glauben vermögen. Die treuen Saarländer haben durch die Geschlossenheit ihres Widerstandes allerdings schon manches feindliche Spiel verdorben; fast möchte man glauben, daß den Franzosen zuweilen ihr schlechtes Gewissen schlägt, da sie ja hier nicht unter sich, sondern ständiger internationaler Beobachtung ausgesetzt sind. Aber wenn und insoweit in letzter Zeit eine Lockerung der Fremdherrschaft erreicht worden ist, so glauben das die Saarländer in erster Reihe dem Einfluß der englischen Presse verdanken zu sollen, die, als die Rot am höchsten war, Alarm zu schlagen begann und so zunächst das Schlimmste zu verhüten half. Heute ist die Pressefreiheit im Saargebiet wieder einigermaßen hergestellt. Das Mandat des Herrn Rault ist zwar abermals um ein Jahr verlängert worden, danach aber soll die Leitung der Regierungskommission doch einer anderen Nation übertragen werden. Auch der französischen Schulverwaltung, die mit den schäblichsten Mitteln, mit Zuckerbrot und Peitsche deutsche Kinder für ihre Unterrichtsanstalten zusammenzutreiben suchte, wird neuerdings etwas mehr auf die Finger gesehen — kurz, im Augenblick hat der Druck der Fremdherrschaft etwas nachgelassen. Aber diesem Frieden ist natürlich noch lange nicht zu trauen. Die Saarländer bilden, obwohl es ihnen sozusagen verboten ist, mit heißer Sehnsucht nach dem Reich, das ihnen beistehen muß in dem schweren Ringen um ihre deutsche Freiheit. Sie fühlen sich nicht gerade sehr liebevoll behandelt von den heimatischen Instanzen; manchmal konnten sie schon fast glauben, daß man sie ganz vergessen habe, so sehr überwuchert jenseits ihrer „Grenze“ der fürchterliche Parteikampf das ursprünglichste Gemeinschaftsgefühl aller Glieder eines in Not und Unglück verstrickten Volkes. Wenn es vergönnt gewesen ist, mit diesem schönen deutschen Lande, mit seinen rauchenden Schornsteinen, seiner rastlosen Arbeit, seinen lieblichen Höhen, seinen rebenbestandenen Ufern des Kampfes einen Hauch zu verspüren, den seine von Natur aus durchaus heiter gestimmten Bewohner für den Tag führen, der ihnen nach zehn langen Jahren endlich die Rückkehr zum Vaterlande bringen soll, der wird ihnen gern geloben, zu helfen, so viel er kann, auf daß die Saarländer im Reich den Rückhalt finden, auf den sie berechtigten Anspruch erheben. Sie haben bis jetzt ausgehalten in Sturm und Drang, sie sollen wissen und fühlen, daß es sich lohnt, stark und fest zu bleiben — komme was kommen mag.

B. S.

Kleine politische Umschau.

Paragraph 30 des Saarstatuts bestimmt, daß im Saar-
beken keinerlei Heeresdienst, weder pflichtmäßiger noch
freiwilliger, geleistet wird. Trotz dieser klaren Bestimmung ist
von französischer Seite wiederholt versucht worden, im Saar-
gebiet anwesende Heerespflichtige zum franzö-
sischen Militärdienst zu zwingen unter dem Vorgeben,
daß es sich um französische Staatsangehörige handele. Insonder-
heit richteten sich derartige französische Maßnahmen, in der Mehr-
zahl Stellungsbescheide, gegen Elsaß-Lothringer, die im
Saargebiet ansässig sind. In allen diesen Fällen wurde französischer-
seits von dem Standpunkt ausgegangen, daß alle Elsaß-Lothringer,
b. h. diejenigen, die vor dem Kriege in Elsaß-Lothringen gewohnt
haben oder dort geboren sind, durch den Versailler Vertrag Fran-
zosen geworden seien, obwohl diese Auffassung falsch ist. Wieder-
holt haben solche Personen auf Grund der ihnen von französischen
Gendarmen zugestellten Stellungsbescheide Schwierigkeiten und Un-
annehmlichkeiten gehabt. Von den politischen Parteien des Saar-
gebiets wurden eine ganze Anzahl solcher Fälle gesammelt und sie
der Regierungskommission zur Klärung vorgelegt. Aus der
Aussprache und aus dem den politischen Parteien vorliegenden
Material ergab sich, daß in zahlreichen Fällen von französischer
Seite versucht worden ist, einen Zwang auf saarländische
Personen auszuüben, um sie der französischen Armee zuzu-
führen. Die Regierungskommission hat es bisher jedoch nicht für
angebracht gehalten, gegen derartige Vertragsverletzungen durch
Frankreich vorzugehen.

*

Das Böllinger Schöffengericht hatte sich am 20. April mit
einem interessanten Rechtsstreit zu befassen, der sich auf das
Flaggen in den alten deutschen Reichsfarben be-
zieht. Es hatten sich zu verantworten Hüttenbesitzer Dr. Hermann
Köchling und Kaufmann Heinrich Kleber in Luisenthal
wegen Uebertretung der Polizeiverordnung der Regierungskom-
mission vom 30. Juni 1924, die das Flaggen in den Farben
Schwarz-Weiß-Rot verbletet. Die unter Anklage gestellten ge-
nannten beiden Personen vertreten mit ihrem Rechtsbeistand
Rechtsanwalt Dr. Levaßer-Saarlouis den Standpunkt, daß
die fragliche Polizeiverordnung ungültig sei.

Der § 23 des Saarstatuts bestimmt, daß im Saargebiet die
Gesetze und Verordnungen in Kraft bleiben, die am 11. November
1918 bestanden und daß Änderungen dieser Gesetze und Verord-
nungen erst nach Befragung der gewählten Vertreter der Bevölke-
rung erfolgen dürfen. Diese Befragung sei nicht erfolgt. Auch
habe die Regierungskommission die alte Reichsverfassung, in der
die Farben Schwarz-Weiß-Rot als die gesetzlichen Landesfarben
festgelegt sind, bisher nicht aufgehoben, so daß sie im Saargebiet
noch formell gültig seien. Wenn die Regierungskommission eine
ihr unbecommene Sache befichtigen wolle, so müsse sie auf jeden Fall
den gesetzmäßigen Weg gehen. Die oberflächliche Gesetzesmacherei
der Regierungskommission sei auch aus der Tatsache zu ersehen,
daß sie im vorliegenden Falle ein bestehendes Gesetz durch eine
Polizeiverordnung habe abändern wollen. Ja, sogar
zwischen Ueberschrift und Inhalt der angefochtenen Polizeiver-
ordnung bestehe ein Widerspruch; während die Ueberschrift das
Aufheben und Tragen von Fahnen, Abzeichen usw. in den Farben
Schwarz-Weiß-Rot behandle, werde im Artikel 1 schon der Besitz
solcher Fahnen verboten, so daß sich z. B. auch derjenige strafbar
mache, der eine schwarz-weiß-rote Fahne zusammengerollt auf
seinem Speicher stehen habe. Aus allen diesen Gründen sei die
fragliche Polizeiverordnung ungesetzlich und hätten die An-
geklagten sich nicht strafbar gemacht. Eine nationalstiftliche Rund-
gebung sei mit dem Aufheben der schwarz-weiß-roten Fahne
keineswegs beabsichtigt gewesen, denn neben dieser Fahne haben
die Fahnen Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß geweht. Dies
stehe sich absolut verhehlen, denn auch der Kandidat für die Reichs-
präsidentenwahl, Herr Reichskanzler a. D. Dr. Marx, habe noch
vor einigen Tagen in einer großen Rede in Köln folgendes aus-
geführt: „Unter Schwarz-Weiß-Rot haben wir Deutschlands Größe
erlebt, unter Schwarz-Weiß-Rot sind unsere Brüder auf den
Schlachtfeldern verblutet. In Schwarz-Rot-Gold erhob sich nach
Deutschlands Zusammenbruch unsere Hoffnung auf Deutschlands
Zukunft.“ Eine Absicht auf Verletzung eines bestehenden Gesetzes
liege auch nicht vor, denn selbstverständlich sei den Angeklagten
das Urteil der 2. Strafkammer des Landgerichts Saarbrücken
vom 10. 11. 1924 bekannt gewesen, durch das die frag-
liche Polizeiverordnung als rechtsungültig er-
klärt worden sei. Das Gericht stellte sich auf den
gleichen Standpunkt und sprach die Angeklagten frei.

*

In der Nacht zum 18. April ist der frühere Polizeimajor
Doerffert im Saarbrücker Gefängnis gestorben. Doerffert war be-
kanntlich wegen Amtsmißbrauch und passiver Bestechung in der
Berufungsverhandlung zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt wor-

den. Er gehörte zu jenen Personen, die, wie sie unter anderem
auch in den französischen Propagandastellen und Redaktionen
sagen, aus ihrer Charakterlosigkeit ein Geschäft
zu machen versuchen. Ueberzeugung ist ihnen nichts, Judas-
verrat gegen klingende Münze alles. Zu diesen Leuten gehörte
Doerffert, dessen moralische Eigenschaften ihn in verantwortlicher
Stellung nicht geeignet erscheinen ließen, wenigstens nicht nach den
Dienstauuffassungen, die deutscherseits von einem Beamten ver-
langt werden. Aber gerade solche Eigenschaften müssen die Leute
auszeichnen, die Frankreich für seine Annexionsarbeit gebraucht.
Weil Doerffert für einen verantwortlichen Dienst oder richtiger
für dienstliche Verantwortung wegen seiner moralischen Defekte
und dienstlichen Unfähigkeit ungeeignet war, deshalb setzte die
Regierungskommission Herrn Doerffert als Polizeimajor und
damit als Kommandeur der Saarbrücker Polizei ein, um ihn
gegen die lokale deutsche Bevölkerung zu verwenden. Zahlreich
sind die Opfer der Doerffertschen Verfolgungspolitik und zahlreich
sind die Opfer seiner eigenartigen Dienstauuffassung. Da er trotz-
dem „deutscher Nationalität“ war, so ließ die Regierun-
gskommission, als die Schandtat Doerfferts sich nicht mehr ver-
heimlichen ließ, der Gerechtigkeit „freien“ Lauf, während sie
die französischen Beamten, die nach deutschem Recht ins Zucht-
haus gehörten, wie Adler und Rollin, vor der strafrechtlichen
Verfolgung schützte und sie sogar noch mit einer Prämie von je
100 000 Franc bedachte.

Es ist bezeichnend, oder besser durchaus begreiflich, wenn
das französische Propagandaorgan dem verstorbenen Doerffert
einen Nachruf widmet, in welchem dieser gleichsam als Märtyrer
des „preussischen Systems“ dargestellt wird. Die Empfänger der
bekannten Judasfilberlinge müssen dabei an ihr evtl. eigenes
Schicksal gedacht haben, wenn die Zeit gekommen ist, wo die
Franzosen auch bei ihnen dem Grundsatz nach verfahren werden:
„Ich liebe den Verrat, aber hasse den Verräter“.

Kleine Tageschronik.

Erleichterte Einreise ins Saargebiet.

Die Regelung des Verkehrs im Saargebiet hat durch eine
Verordnung der Regierungskommission vom 24. April ab gegen-
über dem bisherigen Zustande einige Veränderungen erfahren.
Nach den neuen Bestimmungen bedarf es für die Einreise in das
Saargebiet keiner besonderen Genehmigung, ver-
langt wird von den Einreisenden ein ordnungsmäßig aus-
gestellter Paß oder Personalausweis. Personen,
welche nicht die Eigenschaft eines Saareinwohners besitzen, haben
sich drei Tage nach ihrer Ankunft bei der Polizeibehörde des betr.
Ortes anzumelden. Wer die Bescheinigung über die Anmeldung
eingeholt hat, kann sich bis zu zwei Wochen im Saargebiet auf-
halten, wer längeren Aufenthalt nehmen will, muß unter Vor-
lage seines Passes oder Ausweises bei der Abteilung des Innern
(Polizeiabteilung) in Saarbrücken ein Gesuch um Verlängerung der
Aufenthaltsverlaubnis einreichen. Diese kann eine Erlaubnis bis
zu drei Monaten erteilen und jedesmal nach Ablauf um weitere
drei Monate verlängern. Wer sich dauernd im Saargebiet
niederlassen will, bedarf dazu einer besonderen Genehmigung der
Regierungskommission. Die Bestimmungen der Verordnung
Nr. 61 vom 9. Juni 1920 werden, soweit sie der neuen Verordnung
zuwiderlaufen, außer Kraft gesetzt.

Saarbrücken: Die Mannheimer Kunsthalle erwarb neuer-
dings auch zwei Werke saarländischer Maler und zwar eine
Landschaft an der Saar von Fritz Grewenig und eine
Chimseelandschaft von Helmuth Beder, St. Ingbert. Zweifel-
los bedeutet dieser Ankauf besondere Anerkennung der künst-
lerischen Leistungen unserer saarländischen Künstler — Die Be-
völkerungszahl der Stadt Saarbrücken betrug am Ende des
Monats März 125 117, was eine Zunahme von 91 Köpfen inner-
halb eines Monats bedeutet. Der Bevölkerungszuwachs ist ledig-
lich durch den Geburtenüberschuß zu verzeichnen, da infolge
Wegzug 11 Personen mehr Saarbrücken verlassen haben als
hinzugekommen sind. — Nach einem Vortrag des Stadtschulrates
Dr. Anater wurden in Saarbrücken im Jahre 1923 vom Stadt-
schulrat 6635 Kinder untersucht, davon entfielen auf die Volks-
schule 4397. Aus einer statistischen Uebersicht ergibt sich, daß der
Gesundheitszustand der Kinder in Saarbrücken nicht schlechter ist
als der Schüler des platten Landes. — Die bekannte Eisenhand-
lung Chr. Kauch Nachfolger, G. m. b. H., Saarbrücken, St. Jo-
hannermarktplatz 20, konnte am 15. April d. Js., ihr 75. Ge-
schäftsjubiläum begehen. Der Vater des Begründers, Herr
Fidelius Kauch, geboren am 28. November 1761 zu Offenburg in
Baden, siedelte im Jahre 1798 nach Saarbrücken über und stand
als Hofschmied in den Diensten des Grafen von Saarbrücken;
vermutlich betrieb er neben seinem Handwerk auch schon Handel
mit Eisenwaren. Mit der fortschreitenden Entwicklung der Stadt
vergrößerte sich auch das Geschäft, welches später jedoch nur als

Eisenhandlung fortbestand. Der Sohn von Christian Rauh, Ferdinand Rauh, gründete im Jahre 1868 mit Herrn Ingenieur Westmeyer in der jetzigen Kaiserstraße und Beethovenplatz eine Eisengießerei und Maschinenfabrik, aus welcher die heute noch bestehende Firma Dingler, Rauh & Co. hervorgegangen ist. Die Firma beschäftigt heute circa 50 Angestellte und Arbeiter. — Die landwirtschaftlichen Organisationen des Saargebiets und zwar die freie Bauernschaft, Gruppe Saar, sowie die Lokalabteilungen des Saargebiets und des Trierschen Bauernvereins für das Saargebiet haben in einer Sitzung in Saarbrücken beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft herbeizuführen. Mit der Ausarbeitung der Grundlagen für die demnächst tagende Vollversammlung zwecks Gründung des Kartells wurden die Herren Direktor Hedel, Dr. Wieneke und Landwirtschaftslehrer Kehler beauftragt.

Friedrichthal: Zur Erschließung neuen Industriegeländes hat der hiesige Gemeinderat die in der Kaiserstraße gelegenen früheren Mahlmühle angekauft. Das Gelände ist mit Bahnanschluß versehen und stellt einen äußerst günstigen Kauf für die Gemeinde dar. Der Kaufpreis betrug 200 000 Franc.

Neunkirchen: Die älteste Hüttenschule des Saargebiets die Neunkirchner Hüttenwerksschule konnte am 25. d. Mts. ihre 50-Jahrfeier feierlich begehen. Es handelt sich um eine Gründung des Freiherrn von Stumm.

St. Ingbert: Zur Erlangung von Plänen für den Neubau eines Gymnasiums hat die Stadt St. Ingbert einen Ideenwettbewerb ausgeschrieben. Für den insgesamt 21 000 Franc an Preisen ausgesetzt sind. An dem Wettbewerb können sich beteiligen die im Saargebiet, der Rheinpfalz, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen geborenen oder dort anässigen reichsdeutschen Architekten.

Saarlouis: Ein geringerer Bevölkerungsrückgang ist Ende März zu verzeichnen. Zu Anfang des Monats waren 16 294 Personen gemeldet, zu Ende 16 224, das ist ein Rückgang um 70; er ist verursacht durch vermehrten Wegzug (Zuzug 56, Wegzug 139).

Kalbach: Stand am Monatsanfang 9146 (4578 männl., 4568 weibl.), Geburten 14, Sterbefälle 9, Zuzug 24, Wegzug 28, Stand am Monatsende 9147 (4579 m., 4568 w.).

Personalnachrichten.

Der Kommandant von Berlin, Herr Generalmajor Siehr, ehemaliger Angehöriger des 8. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 70, ist am 1. April d. Js. in den Ruhestand getreten. Generalmajor Georg Siehr, der die Berliner Kommandantur über zwei Jahre geleitet hat, wurde am 22. August 1866 in Köslin in Pommern geboren. 1887 trat er als Fahnenjunker in die Armee ein, wurde ein Jahr später zum Leutnant befördert und am 27. Januar 1912 Adjutant beim Generalkommando des VIII. Armeekorps. Als Major und Bataillonkommandeur im Infanterie-Regiment Nr. 70 zog er 1914 ins Feld. 1915 wurde er Kommandeur dieses Regiments und am 27. Januar 1917 Oberstleutnant. In der Reichswehr war er zunächst Oberst beim Reichswehr-Schützenregiment Nr. 8 und vom Oktober 1920 ab Kommandeur des 12. Infanterie-Regiments in Quedlinburg. Von dort kam er als Kommandant nach Berlin. In seiner Eigenschaft als Kommandant der Reichshauptstadt Berlin hat Herr Generalmajor Siehr als alter 70er den Bestrebungen der Geschäftsstelle und des Bundes „Saar-Verein“ stets das größte Interesse entgegengebracht. Besonders wenn es sich darum handelte, den aus dem Saargebiet in der Reichshauptstadt auf der Durchreise weilenden Kindern, Turnern, Sängern usw. das Aufziehen der Berliner Wachtparade zu zeigen und Militärmusik zu Gehör bringen zu lassen, ist Herr Generalmajor Siehr stets außerordentlich entgegenkommend gewesen. Unsere Landsleute von der Saar hat er mit seiner Gemahlin bei jeder Gelegenheit freudigst begrüßt und immer wieder betont, daß er mit Stolz zurückdenkt an jene Zeit, die er als Offizier des 70. Infanterie-Regiments in der schönen Stadt Saarbrücken und dem schönen Saarland verlebt hat. Ihm anlässlich seines Ausscheidens als Kommandant der Reichshauptstadt Berlin dafür ganz besonderen Dank abzustatten, ist der Zweck dieser Zeilen, die in der Hoffnung niedergeschrieben werden, daß unsere Landsleute an der Saar sich auch unter seinem Nachfolger deselben Entgegenkommens erfreuen möchten.

Sein 50jähriges Apothekerjubiläum konnte am 26. April Herr Apotheker Emil Kieger, Besitzer der Engel-Apothek in Beddingen an der Saar, feiern. Der Jubilar, der sich trotz des Ernstes der Zeit und der nationalen Nöte seinen gesunden Humor und seine beweisenswerten geistige Frische erhalten hat, gehört zu jenen urdeutschen Männern an der Saar, die die Hoffnung auf die baldige Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem übrigen Deutschland, und den Glauben an den politischen, wirtschaftlichen und nationalen Wiederaufstieg Deutschlands nicht verloren haben. Wie er aus seiner nationalen Gesinnung niemals ein Hehl gemacht hat, so läßt er auch heute sich nicht davon abhalten, jederzeit und zu jedem Mann sich als ferndeutscher Mann zu bekennen. Sein Glaube an das Recht Deutschlands, das auch

vor und während des Krieges nicht erschüttert werden konnte, ist so groß, daß er der festen Überzeugung ist, den Tag der Befreiung des Saargebiets und der Freiheit des deutschen Vaterlandes noch zu erleben. Männer wie der Jubilar Emil Kieger in Beddingen sind die Säulen des Deutschtums, um die sich die Bevölkerung in Vertrauen und Treue schart. Wir wünschen, daß der Jubilar die Erfüllung seiner nationalen Wünsche noch erlebt und ihm vergönnt sei, noch einen recht frohen sonnigen Lebensabend in stiller häuslicher und nationaler Zufriedenheit zu erleben.

Von der Schule. Der Studiendirektor Linne mann, bisheriger Leiter des Reformgymnasiums Saarbrücken, hat die Leitung der Studienanstalt St. Wendel übernommen. Seminaroberlehrer Fäßbinder, der bisher stellvert. Leiter dieser Anstalt gewesen, tritt einen dreimonatigen Urlaub an.

Kirchliche Personalien. Der Pfarrer Nikolas Klein in Diefflen wurde als Direktor der Wiederaufbauanstalt nach Wittich verlegt. — Als Kaplan in das Landestrankenhaus wurde der Neupfarrer Josef Glaser aus Germersheim berufen.

Todesfälle. Saarbrücken: Emil Christ, 70 Jahre; Kaufmann Friedrich Krämer, 24 Jahre; Elektriker Max Kiehl, 43 Jahre; Frau Luise Pinn, geb. Baum, 75 Jahre; Frau Ludwig Plönnies, geb. Börner, 28 Jahre; Frau Wwe. Nikol. Meyers, Marg. geb. Dertum, 69 Jahre; Frau Katharina Seyffarth, geb. Wunn, 70 Jahre; Frau Cathy Henseler, geb. Schöelgen, 47 Jahre. — Scheidt: Bahnschlosser Jakob Koll, 25 Jahre. — Gündingen: Heinrich Fried, 76 Jahre. — Clarenthal: Frau Georg Erff, 76 Jahre. — Ueberherrn: Förster a. D. Carl Fischer, 73 Jahre. — Heusweiler: Paul Schröder, 80 Jahre. — Herrensohr: Sophie Kauer, geb. Krämer, 60 Jahre; Frau Anna Woll, geb. Bish, 64 Jahre; Frau Katharina Lang, geb. Berndt, 54 Jahre. — Dudweiler: Frau Josefina Maurer, geb. Beder, 60 Jahre; Fräulein Amalie Krämer, 21 Jahre; Heinrich Günther, 60 Jahre; pens. Bergmann Ludwig Hallbauer, 60 Jahre; Johann Mas, 24 Jahre. — Sulzbach: Obersteiger a. D. Jakob Holz, 76 Jahre. — Griesborn: Frau Witwe Tagelsteiger Gustav Römer, Louise geb. Hoffmann, 87 Jahre. — Neunkirchen-Saar: Frau Dorothea Grimm, geb. Heinz, 44 Jahre; Kaufmann Wilhelm König, 49 Jahre; Gerda Lühn, 18 Jahre; Maria Adams, geb. Wegener, 71 Jahre; Frau Katharine Engel, geb. Raumann, 58 Jahre. — Wieselstein: Kurt Bih, 18 Jahre. — Wellesweiler: Johann Alf. Müller, 75 Jahre. — Ottweiler: Julius Bauer, 44 Jahre; Frau Witwe Frit Brenner, Lina geb. Högel; Else Welter, 18 Jahre. — Vörs: Frau Witwe Hans Bäch, 60 Jahre. — Wallersfangen: Karl Baccus, 52 Jahre. — Saarlouis: Frau Eugen Wegener, geb. Margarete Leinen, 78 Jahre; Fräulein Bertha Bed, 18 Jahre. — Mergig: Isaac Kauer, 70 Jahre. — Irsheim: Heinrich Schmidt, 72 Jahre. — St. Ingbert: Frau Witwe Bertha Kempf, geb. Jung, 60 Jahre. — Homburg: Privatter Karl Schramm, 67 Jahre. — Schnappach: Pens. Obermeister Valentin Simonis, 72 J. — Bliestal: Frau Pauline Ardnier, geb. Gerber, 53 Jahre. — Freudenburg: Hochwürdiger Herr Peter Zimmer, Pfarrer in Bisten-Saar, 47 Jahre. — Altkahl: Landwirt Karl Hulsong H, 56 Jahre.

Kirche und Schule.

Die katholische Pfarrgemeinde Wemmelweiler kann am 10. Mai ihr 25. Pfarrjubiläum begehen.

Von den Saargruben.

Abfahrts- und Feierschichten im Saarbergbau.

Laut Mitteilung der französischen Grubenverwaltung an die Bergarbeiterorganisationen besteht für die Saargruben Abfahrtsmangel. Die Folge ist das Einlegen von Feierschichten. Feierschichten bedeuten empfindlichen Lohnausfall. Lohnausfall bedeutet auch Einnahmeausfall der Handels- und Gewerbetriebe des Saargebietes. Somit ist die breitesten Öffentlichkeit interessiert an dieser Frage. Wir lassen daher die Auslassungen des „Saarbergknappen“ zur Orientierung folgen:

„Das vergangene Jahr ist bisher das einzige, in dem seit der Übernahme der Saargruben durch Frankreich das ganze Jahr hindurch der Betrieb ununterbrochen rollte. Im Jahre 1923 stand der Betrieb rund 100 Tage still, in den Vorjahren mußten Feierschichten eingelegt werden, alles verbunden mit Einbußen für die Bergarbeiterschaft. Das laufende Jahr scheint wieder größere Schwierigkeiten zu bringen. Wurden doch in einer Besprechung am 11. April auf der Bergwerksdirektion Feierschichten angekündigt. Wie die Verwaltung ausführte, stockt der Abfahrts seit März d. J. etwa 100 000 Tonnen der Aprilförderung konnten nicht abgesetzt werden. Für Mai läge es noch ungünstiger aus. Deshalb sei die Verwaltung gezwungen, Feierschichten einzulegen. Im April wird auf sämtlichen Gruben eine, im Mai werden voraussichtlich zwei Feierschichten eingelegt. Die Abfahrtschwierig-

keiten haben nach den Ausführungen des Vertreters des Handelsbureaus ihre Ursache in den Schwierigkeiten auf dem Weltkohlenmarkt. Bereits im vorjährigen Herbst hätten im englischen, deutschen und belgischen Bergbau die Absatzschwierigkeiten eingesetzt. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt sei eine scharfe. England sei infolge der billigen Transportkosten (Wasserweg) in der Lage, seine Kohlen in Frankreich billig zu verkaufen. Dadurch seien der Saarkohle in letzter Zeit Absatzgebiete verloren gegangen. Die niederschlesische Kohle, die billiger als die Saarkohle sei, sei jetzt auch in Süddeutschland vertreten, wo die Saarkohle fast vollständig verdrängt worden sei. (Hier wollen wir gleich bemerken, daß der süddeutsche Kohlenmarkt seinerzeit, als noch die große Kohlennot bestand, ziemlich leichtsinnig von der französischen Grubenverwaltung aufgegeben wurde. Die damalige Kurzsichtigkeit, die sicher noch eine Folge der Kriegspsychose war, rächt sich jetzt.)

Nachdem die Arbeitervertreter ihre gut begründeten Einwände gemacht hatten, führten sie betr. der Feierschichten aus:

„Das Streben Frankreichs müsse sein, durch Unterbringung der Saarkohle die englische Konkurrenz zurückzudrängen. Durch Frachtermäßigung für die Saarkohle in Frankreich sei das zu erreichen. Heute räche sich die kurzfristige Verkaufspolitik des Handelsbureaus. Als seinerzeit Kohlenmangel überall bestand, da habe man Süddeutschland vernachlässigt, wodurch dieses Gebiet in die schlimmsten Schwierigkeiten geraten sei. Noch für das vergangene Jahr könnten Beweise geliefert werden, daß von Deutschland angeforderte Kohlen zum Teil gar nicht, zum Teil unpünktlich geliefert worden seien. Das sei keine Politik, um sich für dauernd Absatzgebiete zu sichern.“

Die von den Gewerkschaftsvertretern geforderte Entschädigung für die Feierschichten wurde abgelehnt. Auch betr. Gewährung der sozialen Zulagen konnte keine Zusage gemacht werden. So stehen unseren Bergleuten wieder schwere Zeiten bevor. Sie haben ohnedem schon schwer unter der Not des Lebens zu leiden. Jetzt trifft sie auch noch der Lohnausfall durch die Feierschichten. Man muß da der Forderung der Gewerkschaften beipflichten, daß die Grubenverwaltung verpflichtet ist, den Bergleuten für die Tage der Feierschichten eine angemessene Entschädigung zu gewähren. Nicht mit Unrecht sagen die Gewerkschaften, daß jetzt von den großen Profitten, die in den Vorjahren gemacht wurden, die Grubenverwaltung einen Teil den Bergleuten zugute kommen lassen müßte. Es ist selbstverständlich, daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, um der Saarkohle genügenden Absatz zu verschaffen, damit nicht auch noch Entlassungen vorgenommen werden. Uns scheint der beste Weg zu sein, wenn man wieder resolut an die Eroberung der alten Absatzgebiete herangeht, dann aber auch, wenn Frankreich seiner moralischen Verpflichtung gemäß durch Frachtermäßigung der Saarkohle den Konkurrenzkampf mit der englischen Kohle erleichtert. Im Interesse des ganzen Saarvolkes ist nur dringend zu wünschen, daß die Krise bald behoben wird.

Handel und Verkehr.

Der Postanweisungsverkehr von Amerika nach dem Saargebiet.

Die Landesratsfraktionen des Zentrums und der Deutsch-saarländischen Volkspartei haben an die Regierungskommission das Ersuchen gerichtet, mit der deutschen Regierung in Verhandlungen zu treten, um den in der deutschen Inflationszeit auf Betreiben der Regierungskommission über Paris geleiteten Vermittlungsverkehr von Postanweisungen der Vereinigten Staaten nach dem Saargebiet wieder über Deutschland zu führen. Wie sehr dieses Verlangen berechtigt ist, erhellt aus der Mitteilung der Eingabe, daß die Pariser Vermittlungsstelle seit längerer Zeit an die saarländischen Empfänger für den Dollar bei der Umrechnung willkürlich nur 16,66 Franken auszahlt, obwohl der Kurs heute noch zwischen 19 und 20 Franken schwankt und zeitweise sogar an der Pariser Börse auf 27 Franken (!) stand. Die Empfänger im Saargebiet, für die es sich in den meisten Fällen wohl um Unterstüßungen aus Amerika handelte, haben auf diese Weise Verluste bis zu 40% erlitten. Da seit dem 1. April d. Js. der Postanweisungs-, Postauftrags- und Nachnahmedienst zwischen Deutschland und dem Saargebiet wieder aufgenommen ist, stehen dieser Regelung keine besonderen Schwierigkeiten entgegen.

Bücherschau.

Der unsaubere Frieden. Von Alcide Ebray, französischer Gesandter a. D. 415 Seiten Groß-Oktav. Preis: broschiert 12 M., Halbleinwand 15 M.

Unter diesem Titel ist im Verlag für Kulturpolitik in Berlin-Jochen die Uebersetzung des von dem französischen Generalkonsul und Gesandten a. D. Alcide Ebray Ende vorigen Jahres in Italien herausgegebenen Buches „La Paix malpropre“ erschienen. Der Verfasser umgezichtet das Versailler Diktat einer eingehenden Kritik, die als das Beste an-

gesehen werden kann, was bisher aus einer ausländischen Feder zu dem Gesamtproblem von Versailles geschrieben worden ist. Ebray weist in seiner Untersuchung nach, daß der Frieden unter Verletzung der Prinzipien Wilsons geschlossen worden ist, daß also der Frieden unehrlich war. Das erste Kapitel behandelt das „Verbrechen“ der Kriegsschuld, „dessen Geständnis nach dem Verfahren einer mittelalterlichen Gerichtsbarkeit dem Besiegten erpreßt worden ist“.

Was den Ausbruch des Krieges anbelangt, so bringt der Verfasser der Lage Oesterreichs und Deutschlands in dem Konflikt mit Serbien großes Verständnis entgegen. Es erscheint ihm natürlich, daß Deutschland für Oesterreich eintrat, vor allem, da es überzeugt war, daß aus diesem Konflikt keine allgemeine Weltkatastrophe, sondern ein auf Serbien und Oesterreich beschränkter Krieg entstehen könnte. Eine Bestätigung hierfür sieht Ebray darin, daß Deutschland seine Haltung mädigte, nachdem es am 29. Juli die Gewissheit erlangte, daß England am Kriege teilnehmen werde. Es wird ferner festgestellt, daß Frankreich auf Rußland weit weniger veröhnlich einwirkte, als Deutschland auf Oesterreich. Ebray gibt sogar zu, daß die entscheidende Rolle in der russischen Politik Poincaré gespielt hat, daß Poincarés Haltung in Petersburg dazu beitragen konnte, „den Geisteszustand zu schaffen, der zur allgemeinen Mobilmachung führte.“ „Denn eben diese Mobilmachung führte zum Kriege.“

Auch das Deutschland zur Last gelegte Verbrechen der Kriegsverlängerung wird von Ebray zurückgewiesen. Er stützt sich hierbei auf Aussagen Rittis, des italienischen Premierministers, der beim Empfang in Paris im Januar 1920 zu den italienischen Journalisten u. a. sagte: „Diesen Krieg — es muß immer wieder daran erinnert werden — haben wir gewollt und nicht erduldet.“ Und Ebray ist der Ansicht, daß das, was Ritti mit solcher Offenheit vor Italien gestand, für alle Länder Geltung habe, die nacheinander auf den Kampfplatz traten. „Für die lange Dauer des Krieges sind die Verantwortlichkeiten geteilt. Aber sie liegen vor allem bei der Entente; denn eben auf dieser Seite hatte man die übertriebenen Forderungen gestellt, die den Gegner zwangen, den Kampf hinauszuziehen. Von Anfang an wurde die Absicht sichtbar, die Mittelmächte nicht nur zu besiegen, sondern sie zu vernichten.“

Auch den Versuch gewisser Ententekreise, in für Deutschland günstigen Friedensverträgen historische Präzedenzfälle zur Rechtfertigung des Versailler Diktates zu finden, hält Ebray für vergebliche Mühe. „Der Vergleich mit 1871 ist, anstatt die Haltung der Entente zu rechtfertigen, eher geeignet, sie als noch ungerechtfertigter erscheinen zu lassen. Die Verträge von Brest-Litowsk und von Bukarest mögen als eine Ausnutzung des Sieges ein politischer Fehler gewesen sein. Ein Vergehen gegen die Ehre aber waren sie unter keinen Umständen.“

Scharf werden ferner die Bestimmungen, die in formellem Widerspruch zu den Klauseln des Vertrages vom 5. November 1918, dem Friedensvertrag, stehen, verurteilt. Hierzu gehören vor allem die Nichtöfentlichkeit der Friedensverhandlungen unter Ausschluß Deutschlands, die Organisation des Völkerbundes ohne Einbeziehung Deutschlands, die einseitige Entwaffnung Deutschlands, die Abtretung des Saargebiets, das Verbot der Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland, die territorialen Regelungen im Osten, der Raub der deutschen Kolonien und besonders die Reparationsforderungen auf Grund des Schandartikels 231. In einem besonderen Kapitel weist Ebray die begangenen oder geplanten Verletzungen des Vertrages von Versailles durch willkürliche Sanktionen nach.

Ebray kommt auf Grund seiner eingehenden Ausführungen zu dem Ergebnis, daß durch den Versailler Vertrag von 1919 eine politische Lage hervorgerufen wurde, die nicht den Frieden begründet, wohl aber neue Kriegsmöglichkeiten in Europa geschaffen hat. Er sieht aus dieser Situation nur einen Ausweg, wenn zugleich die Ehre und das Interesse Frankreichs berücksichtigt werden sollen: Die Revision der Friedensordnung in einem den Besiegten gerechter werdenden Sinne und in einer mehr den Verpflichtungen entsprechenden Art, die man den Besiegten gegenüber einging, um sie zum Niederlegen der Waffen zu bringen. Um zu dieser offiziellen oder freiwilligen Revision der Verträge zu gelangen, müsse jedoch die Wahrheit über die Verantwortlichkeit am Kriege und den unsauberen Charakter des Friedens verbreitet werden. Nur die Wahrheit könne der Gerechtigkeit und dem Frieden zum Triumph verhelfen. Für das Saargebiet hat besonderes Interesse das, was Ebray im IV. Kapitel über „Das Saarbeden“ sagt. Auch hier ergibt sich mit starker, nicht zu erschütternder Deutlichkeit der in Versailles vollzogene Betrug am Saargebiet und die Pläne, die mit ihm verfolgt wurden. Wir bringen daher mit Erlaubnis des Verlages dieses Kapitel im Wortlaut an anderer Stelle zum Abdruck.

Durch falsche Einstellung gewisser politischer Kreise ist selbst im deutschen Volke eine gewisse Verwirrung über die Schuld am

Kriege entstanden, und es bedurfte erst energischer Schritte der letzten deutschen Regierungen, um der Entente die Gewissheit beizubringen, daß Deutschland gar nicht daran denkt, das erpreßte Kriegsschuldbekenntnis anzuerkennen. In Deutschland selbst aber gibt es trotzdem noch große Kreise, die aus Gegnerschaft zu der Vorkriegsregierung noch immer an der Behauptung der Entente in gewissem Umfange festhalten, Deutschland sei allein am Kriege schuld. Hoffentlich gelingt es dem Franzosen Ebray mit seinem Buche, Aufklärung über die Kriegsschuld auch in Deutschland zu schaffen. Denn wie so oft, so gilt auch in diesem Falle das alte Sprichwort: „Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande.“ Wir halten jedenfalls die Veröffentlichung des Franzosen Ebray über den „Unsauberen Frieden“ von Versailles für so bedeutsam, daß wir sie unseren Lesern dringend zum Studium der Kriegsschuldfrage empfehlen.

„Die Fragen des besetzten Westens“. Ein Literaturnachweis, zusammengestellt in Verbindung mit dem Westauschuß für Rhein, Saar, Ruhr und die Pfalz von Prof. Dr. Paul Rühlmann. 2., vermehrte Auflage. 1925. Preis 1,20 M.

Die erste Auflage war bereits nach drei Monaten vergriffen, so erscheint anlässlich der rheinischen Tausendjahrfeier jetzt die zweite, vermehrte Auflage. Das Büchlein enthält einen umfassenden Literaturbericht über alle den besetzten Westen betreffenden Fragen. Die umfangreiche Auswahl ist sachlich und geographisch übersichtlich angeordnet, teilweise ist den Titeln ein kurzer Hinweis über den Inhalt beigelegt. Der Vervollständigung ist eine Liste der vorhandenen Lichtbilder und Filme aus dem Rhein-, Saar- und Ruhrgebiet angehängt. Jeder, der sich für diese wichtigen politischen Fragen interessiert, findet hier einen praktischen Wegweiser, um sich über das vorhandene Material zu unterrichten.

Kriegsgräberfürsorge. Der Inhalt des soeben erschienenen Aprilheftes der Monatszeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ ist reichhaltiger denn je. Zum ersten Male hat in diesem Jahre eine amtliche Befichtigung eines Teiles der deutschen Kriegergräber in Frankreich stattgefunden. Ein Beamter des Deutschen Reiches, der zugleich dem Bundesvorstande des Völkerbundes angehört, hat fast ein Viertel sämtlicher Kriegergräber in Frankreich besucht und gibt einen eingehenden Bericht über den Zustand jedes besuchten Friedhofes, der für manche deutsche Familie eine Beruhigung enthält. — Ein anderes Vorstandsmitglied des Völkerbundes hat eine Reise durch Polen unternommen und 50 deutsche Kriegerfriedhöfe besichtigt. In lebendigen Farben schildert der Verfasser seine Fahrten quer durch Polen. Bekannte Namen und Orte tauchen auf; Erinnerungen an deutsche Siege und Heldentämpfe. Vor allem enthält der Reisebericht wichtige Anhaltspunkte für Reisen durch Polen. Alle besuchten Friedhöfe sind einzeln aufgeführt, und über den Zustand eines jeden ist ein eingehender Bericht in dem Heft enthalten. Außerdem bringt das Heft viele Berichte über den Zustand deutscher Kriegergräber in Frankreich, Belgien, Polen, in den östlichen Randstaaten, Rumänien und Italien. Für die Angehörigen unserer Gefallenen ist das Heft wegen der zahlreichen Berichte besonders bedeutsam, sie können es bei der Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Berlin W. 10, Matthäikirchstraße 17, II, beziehen; auch die Verbände und Ortsgruppen des Volksbundes sind gern bereit, jede gewünschte weitere Auskunft zu erteilen.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Der Rundfunkvortrag des Verwaltungsdirektors Vogel-Berlin gab der Saarbrücker „Großstadtbrille“ Veranlassung folgendes zu schreiben: „Ein Ereignis. Zum ersten Male seit fast sechs Jahren war es am vergangenen Sonntag abend (29. März) vielen Saarbrüdern möglich, unseren alten Freund Theodor Vogel in Saarbrücken sprechen zu hören. Der leider von der französischen Militärverwaltung ausgewiesene langjährige Stadtverordnete und beliebte Volksmann hat nämlich am Sonntag abend im Vorhaus in Berlin in den Rundfunk gesprochen. Sein Vortrag über das Saargebiet war recht deutlich, und zwar in doppelter Beziehung, auch hier (in Saarbrücken) zu verstehen.“

Der Bundesvorstand des Gewerkschaftsbundes der Angestellten G. v. A. in Berlin hat beschlossen, sich offiziell an der V. Tagung des Bundes „Saar-Verein“ am 6. und 7. Juni in Hannover zu beteiligen und mit der Vertretung des 350 000 Mitglieder zählenden Bundes unseren lieben Saarbrüder, Landsmann Herrn B. Leistikow-Schneider-Berlin, welcher den Bestrebungen des „Saar-Vereins“ in vorbildlicher Weise stets regstes Interesse entgegengebracht hat, zu beauftragen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat gleichzeitig beschlossen, dem Bunde „Saar-Verein“ als körperschaftliches Mit-

glied mit einem größeren Jahresbeitrag beizutreten. Dafür gebührt dem Gewerkschaftsbund aufrichtig Dank, zumal er auch in seiner Zeitschrift unentwegt für die Saarlache und den Bund „Saar-Verein“ seit Jahr und Tag tatkräftig eingetreten ist. In diesem Sinne dem Vorstande und den Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes ein herzliches Glück auf!

Ueber das ferndeutsche Saargebiet, über seine heutigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse sprach am Mittwoch, dem 1. April, in der Hauptversammlung des Kreisverbandes der Gemeinde- und Gutsvorsteher von Köslin auf Veranlassung seines Vorsitzenden Herr Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin. Einleitend gab er seiner aufrichtigen Freude und seinem Danke darüber Ausdruck, daß es ihm vergönnt sei, einmal vor den Vertretern des Kreisverbandes der Gemeinde- und Gutsvorsteher von Köslin, also vor denjenigen Männern über das Saargebiet sprechen zu dürfen, die sich durch die alljährliche Aufnahme von Saar-Kindern die Liebe, Verehrung und den Dank der Saarbewohner erworben hätten. Hunderte vor jungen Saarländern und Saarländerinnen fanden alljährlich leibliche und vaterländische Stärkung in dem trauten Heime unserer braven Pommern. Die Kinder seien stets gut untergebracht worden und wer bei ihrer Heimkehr über Berlin in die leuchtenden Augen der Kinder geschaut und und aus ihrem begeisterten Munde gehört habe, wie sehr sie das schöne Pommernland mit seinen freudeutschen Bewohnern rühmen und lieben, der wisse zu ermessen, welch vaterländisches Werk die Unterbringung dieser Schulkinder sei. Die Sehnsucht nach dem Vaterlande sei bei unseren Brüdern und Schwestern an der Saar, insbesondere bei der Jugend sehr groß. Von ganz besonderer Bedeutung, auch für die Bestrebungen des Bundes „Saar-Verein“, sei das lebendige Bindeglied zwischen dem durch das Schicksal so schwer getroffenen Saarvolk und den übrigen Brüdern und Schwestern des Deutschen Reiches. Den Wert der Schülerwanderungen und der Unterbringung von Schülern in den Ferien müsse jeder erkennen, der von Land und Leuten an der Saar und von den ihnen durch das Friedensdiktat von Versailles auferlegten Bürden eine Ahnung habe. Das Saargebiet sei Abstim-mungsgebiet, aber erst im Jahre 1935 dürfe das ferndeutsche Saarvolk abstimmen, nachdem bis dahin mit allen politischen und wirtschaftlichen Druckmitteln darauf hingearbeitet werde, die Abstimmung für Frankreich günstig zu gestalten. Wenn das Saarvolk auch noch so treu und zuverlässig sei und schon sooft gezeigt habe, wohin sein Herz schlage: für das deutsche Vaterland, so gelte es, doch besonders die Jugend für den Tag der Abstimmung im Jahre 1935 heranzubilden, zumal der Franzose wisse, welche Bedeutung der Jugend zukommt und gerade deshalb die Jugend mit Gewalt und mit allen sonstigen Mitteln in die französische Schule zu drängen suche. Für die Zukunft müsse gesorgt werden, und durch die Erziehung der Saarjugend in echt deutsch vaterländischem Sinne mitzumirken, sei niemand mehr berufen, als das liebe Pommernland durch die alljährliche Aufnahme und Unterbringung unserer Saar-Kindern. Gerade diese Jugend sei es, die im Jahre 1935 die Führung mit übernehmen müsse. Dieselbe als Ersatz für die ergrauten und mittlerweile verstorbenen Saarländer heranzuziehen, sei die vornehmste Aufgabe. Die französische Presse lehe alles Deutsche herab, und auch das Pommernland sei als rückständiges Land in französischen Zeitungen schon oft verspottet worden. Gegenüber all diesen Verleumdungen gäbe es nur ein Mittel: durch Augenschein und Hören an Ort und Stelle unseren deutschen Saarkindern das Gegenteil zu beweisen und sie immer mehr über all das, was uns heute noch als Deutsche bezüglich unseres Vaterlandes mit Stolz erfüllt, aufzuklären. Nachdem Verwaltungsdirektor Vogel dann einen warmen Appell an die Erschienenen gerichtet hatte, auch in diesem Jahre den lieben Saarkindern wieder Tür und Tor im Pommernlande öffnen zu wollen, ging er auf sein eigentliches Thema, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Saargebiets, in einem einstündigen Vortrag näher ein, um durch seine lebhaften, oft tief ergreifenden Schilderungen das warme Interesse der Zuhörer wachzurufen. Er erinnerte zunächst an den vorbildlichen Kampf, den das Saarvolk schon vor 110 Jahren um die Deutscherhaltung des Saargebiets geführt habe. Er betonte die treue vaterländische Gesinnung dieses Grenzmarkvolkes an der Saar, von dem die Franzosen geschrieben hätten, daß diese „Sarrois-Prussiens“ viel schlimmer seien, als die Berliner Preußen. An der Hand der Geschichte wies Redner dann nach, daß das Saarvolk nie eine einzige Minute französisch gewesen sei, sondern daß es trotz viermaligen Raubes auf eine immer vorübergehend kurz Zeit Preußen, Bayern und dem deutschen Vaterlande stets die Treue gehalten habe. Er erinnerte an die große Begeisterung und an die Freude der Wiedervereinigung des Saargebiets nach dem zweiten Pariser Frieden mit dem deutschen Mutterlande, er erinnerte an die vorbildliche Haltung des Saarvolkes in den Augusttagen 1870, im Weltkriege und beim Abschied von unseren Braven, ganz gewiß unbefleckt aus dem Felde heimkehrenden Truppen. In anschaulicher Weise schilderte er dann die landschaftliche Schönheit seines

Heimatlandes, aus dem er selbst vor 6 Jahren infolge seiner deutschen Gesinnung nach vorausgegangener Verhaftung ausgewiesen worden sei. Er malte das Saarland nicht als ein ruh- und tohlengeschwärmtes Industriegebiet, wie man es oft sich vorstelle, sondern als einen herrlichen Gottesgarten mit bewaldeten Höhen, malerischen Tälern und Schluchten, fruchtbaren Ebenen usw., kurz als ein Kleinod landschaftlicher Reize. Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Landes wies er durch die Beschreibung des Umfanges des Steinkohlenbergbaues, der Eisenhüttenindustrie, der Glas-, der Tonwarenindustrie, des blühenden Handels und Gewerbes usw. nach, um immer wieder zu unterstreichen, daß man im Saargebiet bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse immer nur deutschen Wirtschaftsgeist, deutschen Wirtschaftsaufbau und wirtschaftlichem Zusammenhang mit dem großen deutschen Wirtschaftsleben vorfinde. Wie die Natur das herrliche Saarland mit Schönheit und Reichtum auszeichne, so werde es aber auch bewohnt von einer unvermischten treudeutschen Bevölkerung, die stolz und treu die Heimat liebe, froh und leicht die deutsche Arbeit fördere und hoffnungstrotz des Tages harre, da wieder wolkenlos die Sonne über ein freies deutsches Land an der Saar leuchte. Er ging dann auf die unseligen Folgen der Bestimmung des Friedensdiktates von Versailles, für die der beste Beweis die irourigen und beklagenswerten Zustände im Saargebiet seien, näher ein, um an der Hand der wichtigsten Bestimmungen des Versailler Diktates über das Saargebiet nachzuweisen, welche Knechtschaft dieses Land auch unter der heutigen Völkerverbündung, welche zum Treuhänder eine fünfgliedrige Saarregierungs-kommission ernannt habe, auszu- stehen habe. An der Hand zahlreicher Beispiele wies er die außerordentliche Härte der Bestimmungen des Versailler Diktats für das Saargebiet nach, und er lieferte an der Hand zahlreicher Beispiele den Beweis dafür, daß es sich bezüglich des Saargebietes um weiter nichts als um eine verkleidete Annexion handle, und daß man die 15 Jahre bis zur Abtimmung, nachdem die unmittelbare Annexion mißlungen sei, arbeiten lassen wolle, um Rind und Rost für Frankreich zu gewinnen. Er kennzeichnete die bekannte 150.000-Saarfranzosen-Adresse als eine niederträchtige Fälschung und als Lug und Trug, die Ministerpräsident Clemenceau, das Saarrecht vom Mutterlande zu reißen, angewandt habe. Nach alledem, was sich im Saargebiet abgepielt habe, könne von einem Vertrauen zum Völkerverbund keine Rede sein, denn gerade hier im Saargebiet sei dem Völkerverbund die beste Gelegenheit geboten gewesen, den Beweis zu liefern, ob er es wirklich ehrlich meine. Redner schilderte dann die Zustände nach der Belegung des Saargebietes unter der französischen Militärdiktatur, indem er all das, was sich hier in den Jahren abgepielt habe, als ein Denkmal der Schmach Frankreichs bezeichnete. Sodann schilderte er in eingehender Weise die heutigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse, um auch so den Beweis zu liefern, wie das ferndeutsche Saargebiet mit Gewalt und mit allen möglichen Mitteln von dem Mutterlande getrennt werden solle. Er ging auch auf die für das Saarvolk bestehenden großen Gefahren näher ein, um am Schlusse nochmals zu betonen, daß trotz allem die Hoffnung auf die Erhaltung des Saargebietes für Deutschland nicht aufgegeben zu werden brauche. Allerdings sei es dringend notwendig, daß man sich im ganzen deutschen Volke die Saarfrage zu einer eigenen Frage mache. Zum Schluß gab er ein anschauliches Bild von der wunderbaren Haltung der Saarbevölkerung bis auf den heutigen Tag, die bisher ansäglich großer Kundgebungen durch die Haltung ihrer politischen Parteien, durch ihre Presse, durch die Gewerkschaften, durch ihren Landerrat und durch das Ergebnis der Wahlen zum Landesrat den Beweis geliefert habe, wohin ihr Herz schlaue und welches ihr Vaterland sei, nämlich Deutschland. Gerade die Abtimmung für die verschiedenen Landesratswahlen sei die beste Widerlegung der Clemenceauschen Lüge von den 150.000 Saarfranzosen und der beste Beweis für die völlige Unhaltbarkeit der Forderung einer Abtimmung im Jahre 1935. Ferner wies Redner noch einmal darauf hin, daß die Schülerfahrten der Saarschulkinder die heike Sehnsucht der Kinder nach unserem Mutterlande stiften und ihnen durch gute Eindrücke von unserem herrlichen deutschen Vaterlande neue Kraft mitgeben sollen. Werde neben dem heutigen Saarvolk die heutige Jugend in echt vaterländischem Sinne erzogen — und dazu würde durch die Unterbringung der Kinder mit betragen —, so werde ewig wahr bleiben das Treuebündnis des Saarvolkes: Die Saar war, ist noch und wird deutsch bleiben. Der Vorsitzende des Kreis-ausschusses Köslin sprach Herrn Verwaltungsdirektor Vogel nach dem stürmischen Beifall der Zuhörer noch seinen ganz besonderen Dank aus, indem er es jedem einzelnen Pommer in berebten Worten zur Pflicht machte, dem Appell, Saarschulkinder in der bisherigen Weise aufzunehmen und unterzubringen, Folge geben zu wollen. Sowohl von einzelnen Gemeinden und Gutsversteheren, als auch von dem Herrn Landrat des Kreises Köslin selbst wurde sodann der Wunsch geäußert, daß man großen Wert darauf lege, die bisherigen Leiter der Kindertransporte, Herrn Stadtschulrat Dr. Senfner und seine getreuen Lehrer wieder begrüßen zu können, da diese Herren es in vortrefflicher Weise

verstanden hätten, nicht nur Führung in allen Kreisen zu gewinnen, sondern sich auch das größte Vertrauen zu erwerben. Wie die Saarschulkinder selbst, so seien auch diese Führer gern gesehene Gäste in Pommern, und gerade ihrer Vermittlungstätigkeit sei es wie dem heutigen Vortrage des Herrn Verwaltungsdirektor Vogel zu verdanken, daß die Saarschulkinder in Pommern in liebevoller Weise bisher Aufnahme gefunden hätten und auch in Zukunft wieder Aufnahme finden würden. Auch bezüglich der Tatsache darf man im Saargebiet beruhigt sein, daß die Saarschulkinder in Pommern nur in echt vaterländisch gesinnten Kreisen gute vaterländische Erziehungsstunden genießen werden.

Die Ortsgruppe Berlin des Bundes „Saar-Berein“ hatte ihre Freunde und Mitglieder am 23. April zu einem „Konzert der Kleinen“ in der Aula des Viktoria-Lyzeums, Prinzenstraße, eingeladen. Herr Direktor Prof. Dr. Abramowski vom Viktoria-Lyzeum begrüßte die Erschienenen in überaus liebenswürdiger und herzlichster Weise. Er wies auf den Wert und die Bedeutung des Saargebietes hin und rühmte die standhafte deutsche Gesinnung der Saarländer, die den Raubabsichten der Franzosen und ihren Verwelschungsbestrebungen einen vorbildlichen, tapfern Widerstand entgegensehen und gedachte besonders derjenigen, die um ihrer Treue zum Vaterlande willen von Haus und Heimat vertrieben worden seien. Wenn Herr Direktor Abramowski dann weiter ausführte, daß die Ausweisungen auch manchmal etwas Gutes im Gefolge hätten, weil dadurch Herr Köller als Musiklehrer für das Viktoria-Lyzeum habe gewonnen werden können, so gab ihm das nun folgende Konzert von 125 Mädeln der unteren Klassen des Lyzeums vollkommen recht. War schon der Anblick des bunten Blumenbeetes der munteren Mädchenschar eine rechte Augenweide, so boten die Deklamations- und Gesangsvorträge einen überaus herzerfreuenden Genuß. Das Programm: „Frühling, Sommer, Herbst und Winter in Deklamation und Gesang“ war auf das Schönste auf das Kindlich-Heitere gestellt und entzückte durch treffliche Schöpfung und Vortrag. Das den Mitgliedern der Berliner Ortsgruppe liebgewordene Saarlid von Köller — zu allen Jahreszeiten zu singen — löste lebhaften Beifall aus und mußte wiederholt werden. Auch alle übrigen Darbietungen ernteten reichen, von der kleinen Künstler-schar und ihrem trefflichen Leiter wohlverdienten Beifall. Am Schlusse sprach der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Herr Direktor Felt, seinen Dank aus, Herrn Direktor Abramowski für die freundlichen Begrüßungsworte und das Entgegenkommen, mit welchem er diese Veranstaltung gefördert habe. Herrn Köller und seinen Schülerinnen für die wohl gelungenen Leistungen, vergaß aber auch nicht, den leider schwachen Besuch zu tadeln, und meinte ganz mit Recht, daß alle Mitglieder, die nicht erschienen waren, genügend bestraft seien dadurch, daß ihnen ein so genussreicher Abend entgangen sei. In besonders anerkennender Weise gedachte er der Verdienste des Leiters der Geschäftsstelle „Saar-Berein“, Verwaltungsdirektor Vogel, welcher den heutigen Abend leider nicht beizubringen könne, da er seines schmerzlichen Nachlassens wegen sich zurzeit in Bad Polzin i. B. zur Badefur befindet; für seine baldige Wiederherstellung entbot er ihm die besten Wünsche. — Im „Dessauer Garten“ fand sich nach dem Konzertabend ein großer Teil der Konzertbesucher zu einem gemüthlichen Zusammensein am „Saar-Stammtisch“ ein.

§ Der Bund „Saar-Berein“, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet am Freitag, den 15. Mai d. Js., abends 8 Uhr, im Vereinshaus Deutscher Ingenieure, Berlin N.W., Sommerstraße 4a, einen Vortragsabend. Herr Pfarrer Tromm wird über das Thema „Deutsche Arbeit in Chile“ sprechen und einige seiner eigenen Aufnahmen als Lichtbilder vorführen. Die Mitglieder und Freunde unserer Berliner Ortsgruppe sind zu diesem hochinteressanten Vortrag herzlichst eingeladen. Nach Schluß der Veranstaltung findet eine gemüthliche Zusammenkunft im Restaurant „Dessauer Garten“, Berlin S.W. 11, Dessauer Straße 1, statt.

Saar- und Pfalz-Berein, Ortsgruppe Leipzig des Bundes „Saar-Berein“. Als nachahmenswert haben die Damen des vorgenannten Vereins eine Einrichtung getroffen: Jeden Dienstag nachmittag, um 4 Uhr, treffen sich dieselben in der Gastwirtschaft „Panorama“ am Rospitz, einem der schönsten Kaffeehäuser Leipzigs, zum Kaffeekränzchen. Bei Kaffee und Kuchen, auch Schlagsahne, sitzen sie zusammen und plaudern bis gegen 7 und 8 Uhr abends, und so manche Erinnerung aus der schönen Heimat wird wachgerufen. Alle auswärtigen Saar- und Pfälzer-Damen, die gerade an einem Dienstag in Leipzig weilen, sollen nicht versäumen, die Rische Nr. 7 im „Panorama“ aufzusuchen. Dort verleben sie einen herrlichen Nachmittag. Auch Saarländer und Pfälzer Männer werden dort gern erwartet, da die Saarländer und Pfälzer am Abend ihre Frauen im „Panorama“ abholen. Eine willkommene Gelegenheit, auch einen Schoppen zu „heben“!

Vorläufige Tagungs- und Festordnung für die

5. Tagung des Bundes „Saar-Verein“

verbunden mit einer
großen Saarkundgebung im Stadion
anlässlich der Jahrtausendfeier der Rheinlande
in Hannover am 6. und 7. Juni 1925.

- I. Empfang der Gäste im Hotel Luisen Hof, Luisenstr. 3/4,
am Freitag, den 5. Juni, von nachmittags 2 Uhr ab.
- II. Mitglieder- und Vertreterversammlung (geschäftliche
Sitzung) am Sonnabend, den 6. Juni, vormittags
10 Uhr, im Hotel Luisen Hof, Luisenstraße 3/4.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit des Bundes und
der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ im Jahre 1924 und
Rassenbericht für 1924.
Berichterstatter: Verwaltungsdirektor Vogel.
2. Feststellung der vertretenen Orts-
gruppen, der anwesenden Einzelmitglieder usw.
3. Antrag Ommert, Abänderung des § 7
der Satzungen, die Wahl des Vorstandes betr.:
Hinter den Satz: „Die Vorsitzenden und die Bei-
sitzer werden auf drei Jahre von der Mitglieder-
versammlung (Bundestagung) gewählt“ ist zu setzen:
„Alljährlich scheidet durch Auslosung ein Drittel der
Beisitzer aus, deren Wiederwahl zulässig ist.“
Berichterstatter: Oberlandesgerichtsrat An-
dres-Naumburg und techn. Eisenbahnsassistent Om-
mert-Berlin.
4. Antrag auf Abänderung des § 9 der
Satzungen wegen der Vertretung des Vorstandes
auf Grund der Bestimmungen des Bürgerlichen Geset-
zbuches. Es wird beantragt, an Stelle des Satzes:
„Der Vorstand vertritt den Bund gerichtlich und
außergerichtlich“ zu setzen: „Der Vorsitzende und der
Geschäftsführer des Bundes „Saar-Verein“ bilden den
Vorstand im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches“,
und überall, wo sonst in den Satzungen vom „Vor-
stand“ die Rede ist, zu setzen „weiterer Vorstand“.
Berichterstatter: Oberlandesgerichtsrat An-
dres.
5. Ergänzungs- bzw. Neuwahl des Vorstandes.
6. Wahl der Rechnungsprüfer für das
Jahr 1925.
7. Bericht über die weitere Entwicklung
der Vereinsarbeit.
Berichterstatter: Oberlandesgerichtsrat An-
dres.
8. Beschlussfassung über sonstige ein-
gegangene Anträge.
9. Bundestagung 1926.
10. Verschiedenes.

- III. Große öffentliche Versammlung des Bundes „Saar-Verein“
am Sonnabend, nachmittag um 4 Uhr, im Hotel
Luisen Hof, Luisenstraße 3/4.

Tagesordnung:

- a) Begrüßung und Bericht des Vor-
sitzenden des Bundes „Saar-Verein“ über die
politische Lage im Saargebiet: Oberlandesgerichtsrat
Andres.
- b) Vortrag des Herrn Rechtsanwalt und
Notar Giersberg-Magdeburg: „Die
Fremdherrschaft im Saargebiet. Rück-
blick und Ausblick.“
- c) Vortrag des Herrn Direktor Rarius-
Saarbrücken über „Die heutigen politi-
schen, wirtschaftlichen und kulturellen
Verhältnisse im Saargebiet.“
- d) Aussprache über diese und alle sonsti-
gen Saarfragen.
- e) Schlusswort: Verwaltungsdirektor Vogel.

- IV. Festkommers am Sonnabend abend um 8 Uhr im
Volkshaus, Nikolaisstraße 10.

Die Festordnung wird den Ortsgruppen und
sonstigen Teilnehmern durch die Ortsgruppe in Hannover
zugehen.

- V. Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt Hannover
am Sonntag, den 7. Juni, vormittags von 9 Uhr ab
unter Führung von Mitgliedern der Ortsgruppe in
Hannover.

- VI. Aufstellung des Festzuges in der Herrenhäuser Allee zum
Abmarsch nach dem Stadion am Sonntag, 7. Juni,
mittags um 1 Uhr.
Beginn der großen Saarkundgebung anlässlich der Jahr-
tausendfeier der Rheinlande im Stadion am Sonntag,
7. Juni, nachmittags um 4 Uhr.
Die Festordnung mit Angabe der Redner und der
mitwirkenden Vereine usw. wird den Ortsgruppen eben-
falls besonders zugestellt werden.

- VII. Gemeinschaftliches Mittagessen im Volkshaus, Nikolai-
straße 10, nachmittags um 5 Uhr. Gedeck N. 2., ohne
Trinkzwang.

- a) Willkommengruß des Bundes „Saar-
Verein“, Ortsgruppe Hannover. Vorsitzender
Herr Polizei-Inspektor Heinrich.
- b) Ansprache des Vorsitzenden des Bundes
„Saar-Verein“, Herrn Oberlandesgerichtsrat
Andres-Naumburg.

- VIII. Gemütliches Zusammensein bei Bier und Gesang- und
Musikvorträgen am Montag nachmittag von 3 Uhr ab
im Großen Garten der Stadthalle.

Im Hinblick auf die hohe Bedeutung, welche die diesjährige
Tagung durch die Veranstaltung der großen Saarkund-
gebung anlässlich der Jahrtausendfeier der
Rheinlande in Hannover haben wird, bitten wir sämt-
liche Ortsgruppen unter allen Umständen dahin wirken zu
wollen, daß Vertreter in großer Zahl nach Hannover entsandt
werden. In erster Linie ergeht diese Bitte an die in der
weiteren Umgebung Hannovers bestehenden Ortsgruppen, denen
es eine Ehrenpflicht sein muß, für eine möglichst zahlreiche Be-
teiligung Sorge zu tragen. Aber auch von allen übrigen Orts-
gruppen erwarten wir besonders deshalb einen sehr guten Be-
such, weil in diesem Jahre zum ersten Male mit einer sehr großen
Teilnehmerzahl aus dem Saargebiet selbst gerechnet wird.

Wegen Unterkunft in Hannover wollen sich die
Ortsgruppen bzw. die Teilnehmer nach Empfang der diesbezügl.
Druckschrift sofort, spätestens aber bis zum 25. Mai,
mit dem Bund „Saar-Verein“, Ortsgruppe Hannover, Vor-
sitzender des Festausschusses Polizei-Inspektor F. Tweller,
Seumestraße 7, unmittelbar ins Einvernehmen setzen und dabei
gleichzeitig angeben, ob Unterkunft im Hotel gegen Bezahlung,
oder ob unentgeltliches Bürgerquartier erbeten wird.

Der Vorstand des Bundes „Saar-Verein“

Der Vorsitzende:	Der Geschäftsführer:
D. Andres,	Th. Vogel,
Oberlandesgerichtsrat.	Verwaltungsdirektor.

Ortsgruppe Frankfurt a. M. Die regelmäßige Mitglieder-
versammlung findet jeden letzten Dienstag im Monat, abends
9 Uhr, im Bürgerverein, Stiftstraße 39 II, statt. Jeder Freund
der Saarsache ist zu diesen Monatsversammlungen herzlich ein-
geladen. Der Saarbrüder Stammtisch in Frankfurt a. M. tagt
jeden Donnerstag abend im Restaurant Jung (Ziel, gegenüber
dem Hauptpostamt). Jede Auskunft über die Ortsgruppe Frank-
furt a. M. usw. erteilt jederzeit gern der erste Schriftführer, Herr
Gustav Schätgen in Frankfurt a. M., Grüneburgweg 4, Telephon:
Hanfa 6162.

Das Saargebiet in Gefahr!

Jeder Deutsche muß Mitglied des
Bundes „Saar-Verein“ sein!

Der Saarkalender für 1925

ist ein Gedent- und Nachschlagebuch für alle Saardeutschen. Er enthält
erste und bessere Schilderungen der wirtschaftlichen Lage im Saar-
gebiet, ausführliche geschichtliche Darstellungen und Zeitfakeln, saar-
ländische Anekdoten, Witze usw. und bekommt durch Beiträge guter
Schriftsteller eine hochwertige literarische Note. Ein Handbuch von
dauerndem Wert für Kinder und Erwachsene. Der Preis dieses
ausgezeichneten Werkes beträgt 8,50 M. Gleichzeitig weisen wir darauf
hin, daß ebenfalls durch uns auch noch die Jahrgänge 1923 und 1924
des Saarkalenders bezogen werden können.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königsgräber Straße 94 II.

Das deutsche Saargebiet unter der Fremdherrschaft

von Otto Andres.

Von der Geschäftsstelle „Saar-Berein“, Berlin SW. 11,
Königgräzer Straße 94, zum Preise von 1,— M.
zu beziehen.

Der praktische Sicherheits-Füllfederhalter.



Wie bei allen Gebrauchsgegenständen, die man in der Tasche mit sich führt, war es auch beim Füllhalter das Bestreben, demselben eine möglichst praktische und raumsparende Form zu geben. Diese Aufgabe löst weder der Umsteckfüllhalter, da er stets senkrecht getragen werden muß und die an der Schreibfeder eingetrocknete Tinte ein sofortiges Anschreiben der Feder nicht zuläßt, noch der bisherige Sicherheitshalter.

Das nach langjährigen Versuchen geschaffene „Discus-System“ löst das Problem: „Höchste Leistung bei geringster Raumbeanspruchung“. „Discus Nr. 0“ ist der kürzeste Sicherheitshalter, der geschlossen nur 8,5 cm, dagegen schreibfertig 13,5 cm lang ist und einen großen Tintenraum aufweist. Diese Bewunderung hervorrufende kurze Form erlaubt es, den Halter wagenrecht in jeder Tasche sicher und leicht unterzubringen. Der Discus-Halter hat eine verblüffend einfache Handhabung, da nach Abschrauben der Kappe die Feder sofort schreibfertig und der Halter in jeder Lage zu halten ist, ohne daß, wie beim bisherigen Sicherheitshalter, Tinte ausfließt. Durch Aufschrauben der Kappe wird die Feder in den Halter zurückgebracht, letzterer tintendicht verschlossen, so daß er in jeder Lage tragbar ist.

„Discus Nr. 0“, der in elegantem Lederetui geliefert wird, ist daher der anerkannt vollkommenste Sicherheitshalter der Welt, das praktischste Schreibgerät für jedermann.

Die Discus-Patent-Sicherheitshalter werden nur in bester Qualität geliefert. Der Preisunterschied wird lediglich durch die Halter- bzw. Federgröße bedingt.

Unsere Discus-Goldfedern sind garantiert 14-karätig mit härtester Iridiumspitze und in allen Härtegraden und Spitzenbreiten lieferbar.

Intern. eingetr.



Fabrik-Mark.

„Discus Nr. 0“ in eleg. Leder-Etui das beste Geschenk, die vornehmste Reklame.

Alleinige Fabrikanten und Patentinhaber:

Discus G. m. b. H.

Bonn a. Rh.

Reichhaltiges Sortiment in Discus-Patent-Sicherheits-Haltern.

Saar-Stammtisch in Berlin

Die regelmäßigen Zusammenkünfte unserer Landsleute aus dem Saargebiet, unserer Freunde und Bekannten finden

jeden Donnerstag abend im Restaurant

„Dessauer Garten“, Dessauer Straße 1

statt.

3. u.

Ingenieur E. L a b b e Musiklehrer H. M ö l l e r.

Das Blatt aller Rheinländer!



Halbmonatsschrift für den deutsch-katholischen Westen

Verlag: Westfälischer Volks-Verlag, Berlin SW. 11

Mit der illustrierten Heimatbeilage „Der schöne Rhein“

Frei von jeder Tendenz, in vornehmer Ausstattung und mit fesselndem Inhalt, vertritt der „Rheinische Beobachter“ kraftvoll die Interessen der Rheinischen Volksgenossen und lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit immer erneut auf den besetzten Westen. (Monatlich 2 Hefte, nur 50 Pfg.)

Bestellen Sie beim Postamt oder beim Verlag
Berlin SW 61, Großbeeren-Straße 17.

Die illustrierte Monatschrift

Elsas-Lothringen - Heimatstimmen

Herausgegeben im Auftrag der Alt-Elsässer
u. Alt-Lothringer im Reich von Dr. Robert Ernst

(II. Jahrgang)

unterrichtet sachkundig über elsas-lothringische
Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft

Aus Urteilen der Presse:

„Der Deutsche“, Berlin: „... eine Zeitschrift, die ein ausdrucksvolles Angehen dafür ist, mit welcher Fähigkeit und unbegrenzten Lebenskraft die Elsässer und Deutsch-Lothringer unter allem Wechsel der Herrschaft sich zu behaupten wissen.“ — „Germania“, Berlin: „... eine Aufgabe, die nicht länger vernachlässigt werden darf, in der richtigen Weise angepackt.“ — „Unabhängige Nationalkorrespondenz“: „Politisch und kulturpolitisch Interessierten sei die Bekanntschaft dieser ausgezeichneten Zeitschrift empfohlen. Sie dient der Wahrheit und dient ihr gut.“ — „Preussische Jahrbücher“: „Die Monatschrift vertritt die Stammesinteressen dieses ferndeutschen Landes in jeder Verteidigung und gewandtem Angriff — unwahren Tendenzen abhold — große Sachlichkeit.“ — „Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur“: „Der Herausgeber hat es wirklich verstanden, gute elsässische Geistesart zum Wort kommen zu lassen.“ — „Schwäbische Volkspresse“ (Temesvár, Rumänien): „... muster-gültig geleitete Hefte.“ — Sowohl die politischen Aufsätze wie das übrige der Hefte ausgezeichnet.“

Postbezug vierteljährlich M. 1,20. Streifbandbezug M. 1,50.
Jahresbezug für das Ausland: Frankreich 20 franz. Franken,
Schweiz 10 schw. Franken. übriges Ausland 2 amerik. Dollar.
Schriftleitung u. Vertrieb: Berlin W. 30, Postfach 555.
Postcheckkonto: Dr. Robert Ernst, Berlin NW. 7, Nr. 1097.

Vertriebene aus Elsas-Lothringen

müssen in ihrem eigensten Interesse stets die

„Elsas-Lothringischen Mitteilungen“

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liquidationsschäden berichten und auch kulturelle Fragen, elsas-lothringische Erzählungen und Romane bringen.

Probenummern und Bestellungen zum Preise von

70 Pfennig monatlich

bei der Expedition der „Elsas-Lothringischen Mitteilungen“
Freiburg i. B., Röderstr. 12.